

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 3gespaltene Petitzeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Der Arbeiterschutz in der gesundheits-schädlichen und schweren Industrie.

Referat des Kollegen Wieber, Vorsitzender des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, gehalten auf dem 2. christlich-nationalen Arbeiterkongress zu Berlin.

Allgemeines.

Von allen gewerblichen industriellen Arbeitern haben diejenigen der schweren Industrie, der Hütten-, Stahl- und Walzwerke, am wenigsten die Öffentlichkeit beschäftigt, von sich reden gemacht oder das Interesse der Allgemeinheit zu wecken verstanden; sie bilden eine der vernachlässigten Arbeitergruppen. Bei der ungeheuer schweren, aufreibenden, gesundheits-schädlichen und gefährlichen Arbeit, hätten gerade diese Arbeiter die besondere Anteilnahme und Fürsorge verdient; bilden sie doch das Fundament unseres modernen Verkehrs- und Erwerbslebens.

Während fast alle Arbeiter der anderen Berufe im Laufe der Zeit eine Verbesserung ihrer Lage erfahren, sei es durch Eingriffe der Gesetzgebung, Bundesratsverordnung oder korporative Selbsthilfe, sind die Arbeiter der schweren Industrie noch an dieselbe, ja noch längere Arbeitszeit gebunden, wie sie vor 100 und mehr Jahren gewesen ist.

In den leichteren Berufsarten ist fast überall der zehnstündige Arbeitstag eingeführt, ja teilweise schon auf 9-8½ oder gar auf 8 Stunden herabgesunken; dagegen stehen die Arbeiter der schweren Industrie in einer Glutkammer im Schweiß-gebadet, teilweise von giftigen Gasen belästigt, 12 Stunden in fast ununterbrochener Tätigkeit.

In einzelnen Betriebsarten, z. B. Hochöfen, haben die Arbeiter alle 14 Tage bei Wechselarbeit noch eine vierundzwanzigstündige Arbeitszeit; keinen Sonn- und keinen Feiertag. Kein Weihnachten, Oster- oder Pfingstfest, kann ihrem Frohndienst Einhalt gebieten.

Bei der ungeheuren Entwicklung in der Technik wie der Produktion, welche gerade die schwere Industrie, wie keine andere in so verhältnismäßig kurzer Zeit zu verzeichnen hat, sind diese Zustände eine Anklage nicht bloß gegen diese Industrie, sondern auch gegen die Gesellschaft, welche es bis jetzt nicht für nötig befunden, diesen gedrücktesten aller Arbeiter zu Hilfe zu kommen, den nötigen Schutz zu gewähren.

Die schwere Industrie hat nicht allein die längste, aufreibendste Arbeitszeit, sondern auch die höchsten Krankheits- und Unfallzahlen aufzuweisen, welche selbst den Bergbau bedeutend überflügeln. Angesichts dieser Tatsachen ist die Frage wohl berechtigt, wie es kommen konnte, daß eine so wichtige Arbeitergruppe, welche Hunderttausende von Personen umfaßt, von der Öffentlichkeit gegenüber anderen Berufsklassen so vernachlässigt werden konnte.

Die Tätigkeit der meisten anderen Arbeiter, wie Bauarbeiter, Klempner, Schreiner, Bäcker, Schuhmacher, Schneider usw. spielen sich vielfach vor den Augen des Publikums ab. Jeder hat Gelegenheit, einen Blick in eine derartige Werkstatt zu werfen. Die öffentliche Meinung ist deshalb leichter dafür zu interessieren. Die Tätigkeit in der schweren Industrie spielt sich hinter hohen Fabrikmauern ab, wo unberufene Augen nicht, oder höchst selten hindringen können.

Dazu kommt, daß diese Arbeiter einer ungeheuren Kapitalmacht gegenüberstehen; die schwere und lange Arbeitszeit, der sie ausgesetzt, zweifelhaftes Wohlfahrtsarrangements und vieles andere hindern dieselben, zur Erkenntnis ihrer Lage zu gelangen, um ihre Stimme in der Öffentlichkeit zu erheben.

Diese Umstände zusammengefaßt, tragen zweifellos den größten Teil der Schuld, für die Vernachlässigung dieser Arbeiter, und der Anhäufung großer Uebelstände, wie sie jetzt zu verzeichnen sind; auch der Mangel eines größeren gesetzlichen Schutzes dürfte auf die gleichen Ursachen zurückzuführen sein.

Der § 120 E der Reichsgewerbeordnung gibt dem Bundesrat die Befugnis, in den einzelnen Industrien und Gewerbearten zum Schutze der Arbeiter: Regelung der Arbeitszeit, hygienische Vorschriften, falls dieses aus gesundheitlichen Rücksichten erforderlich ist, besondere Bestimmungen zu erlassen. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat in einer Reihe Industrien Gebrauch gemacht und Spezialvorschriften erlassen. So z. B. in den Zündholzfabriken, Bäckereien, Buchdruckereien, Getreidemühlen, Gastwirtschaften, Vulkanisierungsanlagen, Steinbrüche, Zigarrenfabriken, Akkumulatorenfabriken, Koffhaarspinnereien, Thomasschlacken-Anlagen, Blei- und Zinkhütten, Glashütten, Spinnereien, Konfervenfabriken, Ziegelleien, für das Kaufmannsgewerbe, in der Kleider- und Wäschekonfektion. Es beziehen sich diese Bestimmungen zwar zumeist auf hygienische Einrichtungen, sowie auf den Schutz der Frauen- und Kinderarbeit. Dagegen ist im Bäckergewerbe, in Getreidemühlen, sowie im Gass- und Schankgewerbe auch gleichzeitig eine Regelung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter damit verbunden. Eigentümlicherweise fehlt, wenn wir von den Blei- und Zinkhütten absehen, die schwere Industrie ganz. Zwar bestehen für Walz- und Hammerwerke einige Schutzbestimmungen für Frauen und Kinder, dieselben sind aber so bedeutungslos, daß sie fast gar nicht ins Gewicht fallen. Sie besagen nur, daß Frauen unmittelbar beim Betrieb, d. h. an der Walze oder am Hammer nicht beschäftigt werden dürfen, und junge Leute von 14 Jahren ab nicht länger als 12 Stunden einschließlich der Pausen zu beschäftigen sind. Auch soll mindestens eine Stunde Pause dazwischen liegen. Es heißt dann aber: „Unterbrechungen der Arbeit von weniger als einer Viertelstunde kommen auf die Pausen nicht in Anwendung. Ist jedoch in einem Betriebe die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter „so wenig anstrengend“ und naturgemäß mit so zahlreichen, hinlängliche Ruhe gewährenden Arbeitsunterbrechungen verbunden, daß schon hierdurch eine Gefährdung ihrer Gesundheit ausgeschlossen „erscheint“, so kann die höhere Verwaltungsbehörde einem solchen Betriebe, auf Antrag, unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs gestatten, die Arbeitsunterbrechungen von kürzerer als einer viertelstündigen Dauer auf die einstuündige Pause in Anrechnung zu bringen.“ Haben die Arbeiter also Gelegenheit, mal einige Minuten Luft zu schöpfen, so kann es schon genügen, die einstuündige Pause in Wegfall zu bringen, da ja die Gesundheit nicht gefährdet „erscheint“. Schon dieser eine Punkt gibt Einblick, wie zart der der schweren Industrie seither gegenüber getreten wurde. Bei dieser bundesrätlichen Verordnung könnte man zur Annahme versucht sein, die Arbeit in Hammer- und Walzwerken sei eigentlich ein Kinderspiel, und doch gehört sie mit zu den aufreibendsten Arbeiten; besonders an den Feinwalzenstraßen, wo vielfach jugendliche Arbeiter Verwendung finden.

Vergleicht man die teilweise scharfen, teifeingreifenden Bestimmungen in den schon genannten leichteren Gewerbegruppen mit denen der Hammer- und Walzwerke, so können letztere kaum als Arbeiterschutz in Betracht kommen.

Der christlich-soziale Metallarbeiter-Verband hat seit seinem Bestehen sich bemüht, einen größeren Schutz für die Arbeiter in der schweren Industrie zu erreichen; vor allen Dingen soweit eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Betracht kommt. Auf der dritten Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1904 in Offenbach, wurde folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse der in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigten Arbeiter nahezu durchweg zu berechtigten Klagen Veranlassung geben, erwartet die dritte Generalversammlung, des christlichen Metallarbeiterverbandes: 1. die Reichsgesetzliche Einführung eines zehnstündigen Maximalarbeitstages unter gleichzeitiger Festsetzung der Höchstgrenze der in Ausnahmefällen zulässigen Ueberstunden; 2. für

diesem Feuerbetriebe, bei denen eine Unterbrechung des Produktionsprozesses vorab nicht möglich ist, sowie bei gesundheits-schädlichen chemischen Industriezweigen, soll entweder durch Reichsgesetzgebung oder durch Verfügung des Bundesrats die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden.“

In gleicher Weise besaßte sich der Verband in einer Konferenz der Hütten- und Walzwerksarbeiter aus allen Bezirken Deutschlands am 11. August 1907 in Duisburg eingehend mit den Verhältnissen dieser Arbeiter. Die Konferenz sprach die Erwartung aus: „Daß der einstimmige Beschluß des Reichstages vom 16. April 1907 „Erhebungen über die Lage und die gesundheitlichen Verhältnisse der Walz- und Hüttenarbeiter vorzunehmen“, seitens der Regierung entsprochen, und eine Bundesratsverordnung auf Grund des § 120 E erlassen werde.“ Des ferneren verlangte die Konferenz die achtstündige Schicht für Feuerarbeiter, schärfere hygienische Vorschriften zum Schutze für Leben und Gesundheit; Einschränkung der Sonntagsarbeit; Verbot der Frauenarbeit in den Hüttenwerken; Vorschriften und bessere Kontrolle über sog. Wohlfahrtsarrangements, um einerseits die Anrechte der Arbeiter nicht von dem Wohlwollen oder der Willkür der Werksleitungen abhängig zu machen, andererseits die Koalitionsfreiheit und Freizügigkeit der Arbeiter gegen Sperrmaßnahmen zu sichern.

Wenn in letzter Zeit die Öffentlichkeit etwas mehr mit der Lage der Arbeiter in der schweren Industrie sich beschäftigt, so darf ohne Uebertreibung der christliche Metallarbeiterverband das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, an erster Stelle auf die unhaltbaren Zustände hingewiesen, und die Forderung eines erweiterten Arbeiterschutzes erhoben zu haben. Aber auch der

zweite christlich-nationale Arbeiterkongress hat sich unzweifelhaft ein großes Verdienst damit erworben, diesen Gegenstand zur Verhandlung gestellt zu haben, um eine der gedrücktsten Arbeitergruppen emporzuheben.

Die schwere Industrie hat es seither meisterhaft verstanden, sich am erfolgreichsten gegen jeglichen Arbeiterschutz, insbesondere soweit derselbe in die Regelung der Arbeitsverhältnisse eingriff, zu wehren. Es wird daher der Anspannung und Zusammenfassung aller sozial denkenden Kreise bedürfen, um den gewaltigen Widerstand und Einfluß jener Kreise zu brechen.

Der von den Werksleitungen beliebte Einwurf, die Industrie könnte einen erweiterten Arbeiterschutz vor allem die Beschränkung der Arbeitszeit, nicht ertragen, ist am wenigsten auf die schwere Industrie zutreffend. Wenn irgend ein Gewerbe den Arbeitern auskömmlichen Lohn, verkürzte Arbeitszeit, den nötigen Schutz zur Erhaltung für Leben, Gesundheit und Arbeitskraft geben kann, dann muß die schwere Industrie hierzu in der Lage sein.

Die Bervollkommnung in der Technik, die Anhäufung von Massenproduktion grenzt geradezu an Fabelhafte, und zweifellos hat sie den Höhepunkt noch nicht überschritten. Um die Lage der Arbeiter voll zu würdigen, sowie die beliebten Einwendungen der Unternehmer gegen Arbeiterschutz zu entkräften, andererseits dem fernstehenden Einblick in die Verhältnisse zu gewähren, ist es notwendig, einen geschilderten Rückblick zu werfen auf die Entwicklung unserer schweren Industrie, sowie die Rentabilität der Unternehmungen.

Die Entwicklung der Eisengroßindustrie
Kein anderer Industriezweig hat unserem heutigen Kultur- und Wirtschaftsleben so seinen Stempel aufgedrückt, wie die Eisenindustrie.

Schon die Tatsache, daß die Wissenschaft die Kulturgeschichte der Menschheit in eine Stein-, Bronze- und Eisenzeit einzuteilen gewohnt ist, beweist den Einfluß des Eisens auf die Gestaltung der Dinge in der Neuzeit. In den ältesten Zeiten war die Bearbeitung der Metalle noch unbekannt. Zur Zeit

Herstellung von Waffen und Werkzeugen ramen Steine und so weiter zur Verwendung.

Die Bronzezeit füllt die ältere Kulturgeschichte aus (Ägypter, Babylonier), wo man schon gelernt hatte, leichter schmelzbare Metalle wie Kupfer, und Zinn in einer Mischung zur Bronze zu verarbeiten und daraus Waffen und Gebrauchsgegenstände herzustellen. Eisen war, soweit die Forschungen reichen, den genannten Völkern noch unbekannt. Den jüngeren Kulturvölkern, wie Römern und Griechen, war zwar das Eisen schon bekannt, aber die Herstellung war noch so schwierig und konnte nur in geringen Mengen erfolgen, daß auch sie noch vorwiegend Bronze zu Gebrauchs- und Verteidigungszwecken anwenden konnten. — Im allgemeinen unterscheidet man drei Arten von Eisen:

drei Arten von Eisen:

1. Roheisen, welches im Hochofen aus Erz erblasen wird, daselbe ist nicht schmiedbar, sondern brüchig, enthält noch den Kohlenstoff bis zu 3%, jerner Silicium, Phosphor, Schwefel usw. Es kann in rohem Zustande nur zu Gußwaren, wie Defen, Maschinenteile, Säulen, Röhren usw. Verwendung finden. Sein Schmelzpunkt liegt von 1050—1200 Grad.

2. Schmiedeeisen. Der Kohlenstoff ist entzogen, dadurch wird das Eisen schmiedbar, aber schwer flüchtig. Sein Schmelzpunkt liegt zwischen 1500—1700 Grad.

3. Stahl. Ein Mittelglied zwischen Roheisen und Schmiedeeisen; besitzt weniger Kohlenstoff wie das Roheisen, aber 1/2—1% mehr als das Schmiedeeisen. Dieser Umstand hat zur Folge, daß es härter ist. Der vorhandene Kohlenstoff wird bei Erhitzung und plötzlicher Abkühlung zum Erstarren gebracht und kann nicht „ausfaldern“, wie der technische Ausdruck lautet. Der Schmelzpunkt liegt in denselben Grenzen, eher etwas niedriger, als beim reinen Schmiedeeisen.

Der Grundstoff des Eisens ist das Erz; es besteht aus einer chemischen Verbindung verschiedener Elemente. Fast alle Erze enthalten Silicium, Mangan, Schwefel, Phosphor, vor allem Kohlenstoff. Von der Zusammensetzung dieser Stoffe in größerem oder geringerem Prozentsatz hängt es ab, ob Roheisen, Schmiedeeisen, Schweizeisen, Flußeisen oder Stahl entsteht. In der Reduzierung der schädlichen Stoffe, sowie in der Reduzierung derselben auf einen genauen Prozentsatz, liegt die Kunst der Eisengewinnung.

Das Erz ist fast überall verbreitet. Nach dem Naturforscher Clarke soll die Erde bestehen aus: 49,98% Sauerstoff, 25,30% Silicium, 7,26% Aluminium, 5,08% Eisen, 3,51% Calcium, 2,50% Magnesium, 2,28% Natrium, 2,23% Kalium. Es folgen dann Chlor, Mangan, Schwefel, Kohlenstoff usw. in bedeutend kleineren Quantitäten.

Von den Eisenerzen sind die hervorragendsten:

1. Der Spateisenstein; derselbe kommt in Deutschland vorwiegend im Siegerlande vor, auch geringe Mengen an der Ruhr, im Harz und in Thüringen.

2. Magnetstein; derselbe ist der beste und ein sehr eisenhaltiges Erz; es ist in Deutschland wenig vertreten, kommt hauptsächlich in Schweden vor.

3. Roteisenstein; befindet sich in Deutschland hauptsächlich im Siegerland, Lahntal, Sauerland, Wesergebiete und am Harz.

4. Der Brauneisenstein, Minette oder Rasenerz, ist das verbreitetste, aber sehr phosphorhaltig und daher früher vor dem Thomasverfahren im Bessemerprozeß nicht verwendbar. Hauptsächlich in Luxemburg, Lothringen, Oberschlesien, Sieben sind große Ablagerungen vorhanden. Erze von mindestens 25% Eisengehalt werden noch für Verhüttungsfähig verwendet. Der Brauneisenstein kommt zum größten Teil in den deutschen Sütten zur Verarbeitung.

Die Eisengewinnung

hat vier besondere Verfahren zu verzeichnen: 1. Das alte Rennverfahren, 2. Roheisengewinnung und Herdfischen, 3. Bessemer und 4. das Thomas-Martin-Verfahren. Letzteres hat erst die deutsche Industrie zur jetzigen Blüte emporgehoben, weil es danach möglich war, die phosphorhaltigen deutschen Erze zu verwenden.

Die älteste der Eisengewinnung war das Rennverfahren. Es geschah in einem primitiven Rennofen, und zwar wurde unmittelbar aus den Erzen schmiedbares Eisen gewonnen. Als Heizmaterial kam Holz oder Holzkohle zur Verwendung. Das Feuer wurde durch einen Handblasebalg in Blut gehalten und angefaßt. Das Quantum Eisen war aber so geringfügig, daß beispielsweise ein alter amerikanischer Rennofen in 25—26 Tagen kaum 15—46 Kilo schmiedbares Eisen lieferte. Stellen wir dem einen unserer modernen Hochofen gegenüber, der in einem einzigen Tage 11 000 Zentner und mehr Eisen herzustellen in der Lage ist, so besagt dieses mehr als Worte, welche gewaltiger Umschwung sich vollzogen hat. Im 15. Jahrhundert fing man in Deutschland an, Gebläse durch Wasserkraft zu verwenden. Es entstanden die ersten Anfänge der Hochofen; es spaltete sich das alte Rennverfahren in Roheisenerzeugung (Hochofenprozeß) und Schmiedeeisenerzeugung (Herdfischen). Der Herdfischenprozeß besteht darin, daß das im Hochofen gewonnene, noch nicht schmied-

bare Roheisen zu Schmiedeeisen umgearbeitet wird, indem man ihm den Kohlenstoff entzieht. Aber immerhin blieb die Gewinnung des Eisens noch Kleinbetrieb, wo auf jeder Hütte kaum ein halbes oder ganzes Dugend Leute Beschäftigung fanden. Auch der Mangel an Wasserkraft und Holz trug das seinige dazu bei.

Ein großer Fortschritt auf dem Gebiete der Eisengewinnung war die

Erfindung des Puddelofens

durch den Engländer H. Cort im Jahre 1784. Bei dem Verfahren wurde in einem Herdofen Roheisengeschmolzen durch beständiges Umrühren, der Zutritt des Sauerstoffs in der atmosphärischen Luft mit dem Eisen in Verbindung gebracht und so der Kohlenstoff, Silicium und Phosphor im Eisen oxydiert, welcher dann in Gestalt von Schlacke abscheidet. In einem Puddelofen konnten in 24 Stunden ungefähr 12- bis 1500 Kilo Schmiedeeisen hergestellt werden (das sogenannte Schweizeisen). Mit dem Puddelprozeß war es erst möglich, größere Quantitäten Eisen herzustellen. In England wurden zuerst statt Holzkohlen, Steinkohlen verwendet. Aber das Verfahren war auch noch äußerst kompliziert und eine ungeheuer schwere Arbeit. Mit schweren Eisenstangen mußten die Arbeiter das Eisenbad umrühren, bei der Entkohlung blieb das Eisen nicht mehr flüchtig, sondern kristallisierte, und mußte in Klumpen (Luppen) zusammengeballt und weiter verarbeitet werden.

Die Luppen kamen unter den Hammer, um zusammengeschnitten, dann unter die Walze, um ausgewalzt zu werden; wurden wieder in Stücke zerschnitten, in Pakete gebunden, erneut im Schweißofen zur Schweißhitze gebracht, geschmiedet, und konnten erst dann zu Schienen und sonstigen Fasson-eisen verwalzt werden.

Das Bessemerverfahren

Eine vollständige Umwälzung in der Eisenindustrie brachte die Erfindung des Engländers Henri Bessemer im Jahre 1856, welche den ganzen seitherigen Prozeß der Eisenherstellung über den Haufen warf.

Bessemer ging von dem Gedanken aus, anstatt durch die mühevollen Arbeit des Puddelns, wo immer nur die Oberfläche des Eisenbades vom Sauerstoff berührt wurde, und infolgedessen die Entkohlung nur langsam vor sich ging, Wind durch das ganze geschmolzene Eisenbad hindurch zu blasen und so in kurzer Zeit daselbe zu entkohlen. Nach vielen Versuchen war es ihm gelungen, das Ziel zu erreichen, und konnte in dem sogenannten Converter oder Bessemerbirne — welche mit kieselurem Material (Quarz mit Ton) ausgekleidet wurde — innerhalb 20 Minuten soviel Eisen herstellen, als man früher im Puddelofen in drei Wochen zu produzieren in der Lage war.

Die Erfindung Bessemers hatte aber nicht bloß die Wirkung, große Mengen geschmolzenen Roheisens in wenigen Minuten in Schmiedeeisen oder Stahl zu verwandeln, sondern auch im flüssigen Zustande zu erhalten; im Gegensatz zum alten Frisch- und Puddelverfahren, wo nur im teigigen Zustande Schmiedeeisen gewonnen werden konnte.

Durch die Einführung des Sauerstoffs durch große Windmengen in das Eisenbad verbrennen die im Eisen enthaltenen Stoffe, wie Silicium, und Mangan, rasch und erzeugen eine solche hohe Temperatur, daß trotz des kalten, eingeführten Windes der Hitzegrad des Eisens um 5—600 und mehr Grad erhöht wird; eine Eigenschaft, die früher kein Mensch geahnt hatte. Dadurch kamen die vielen Nebenarbeiten, wie Umschmelzen, Hammer- und Luppenwalzen, Paketieren, Wiederanwärmen, die beim Puddelprozeß notwendig waren, in Wegfall. Außerdem eine riesige Ersparnis an Heizmaterial. Man hatte berechnet, daß es 4—6 Mark pro Tonne ausmacht, ohne den Arbeitslohn. Die Erfindung Bessemers wurde aber für die deutsche Industrie geradezu verhängnisvoll und brachte viele Werke an den Ruin.

Im Bessemerverfahren konnten nur solche Erze und Eisenorten Verwendung finden, welche kein Phosphorgehalt aufwiesen, nun enthalten aber fast alle deutschen Erze Phosphor und waren deshalb nicht zu verwenden. Die deutsche Eisenindustrie war zum größten Teil auf den Import fremder Erze und Eisen angewiesen, welche hohe Transportkosten verursachten. Wie sehr die Frachtkosten bei einem Hüttenwerk eine entscheidende Rolle spielen, dürften folgende Zahlen veranschaulichen. Das Hüttenwerk Rote Erde bezahlte nach „Rabins“ im Jahre 1905 für Fracht 7774 182 Mark, gegenüber den bezahlten Löhnen und Gehältern, welche 8902 037 Mark betragen haben. Es ist deshalb verständlich, daß die englische Industrie, welche im Lande selbst meistens, phosphorfreie Erze besaß, der deutschen gewaltig überlegen sein mußte. Letztere war nicht imstande, den Konkurrenzkampf mit dem englischen Eisenmarkt mit Erfolg aufzunehmen. Hinzu kam noch, daß der Zoll für Eisenfabrikate, der bis dahin 20 Mark pro Tonne betrug, im Jahre 1876 aufgehoben wurde, während in den meisten anderen Ländern gegenüber den deutschen Produkten die Zollmauer bestehen blieb. Ein großer Rückschlag traf die deutsche Eisenindustrie in den letzten Jahren des verflohenen Jahrhunderts.

Ganze Werke ramen zum Wirtgen, andere arbeiteten mit ungeheuren Verlusten und mußten die Betriebe bis zur Hälfte und mehr beschränken.

So wurde beispielsweise auf der Union in Dortmund die Zahl der Arbeiter von 12 000 auf 6000 reduziert; die Löhne sanken von 1378 auf 797 Mark pro Kopf. Ein ähnliches Verhältnis war auf vielen anderen Werken zu verzeichnen. Rote Erde reduzierte die Arbeiterzahl auf die Hälfte, der Lohn sank sogar auf 756 Mark pro Jahr. An erster Stelle wurde diejenigen Werke betroffen, welche Eisenbahnmateriale lieferten, weil statt dem seitherigen Schweiß- und Bessemerstahl in Verwendung kam, und nebenbei dessen Herstellungskosten in England bedeutend niedriger waren. Nur wenige Werke, welche in der Lage waren, heimische phosphorfreie Erze zu haben, konnten die Erfindung Bessemers voll ausnützen, um Gewinn daraus erzielen. Darin liegt auch zum Teil die Ursache, weshalb einige Werke noch gut prosperierten und reichlich Gewinn abwarfen, wo viele andere mit Schäden und finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Da kam im Jahre 1879 von dem Engländer Sidney Gilchrist Thomas eine neue epochemachende Erfindung. Ein Verfahren, wonach auch phosphorhaltige Erze und Eisen im Bessemerprozeß Verwendung finden konnten.

Das Thomasverfahren

beruhte auf den folgenden drei Grundgedanken: 1. der Converter erhält statt einem kiesel-sauren — wie beim Bessemerprozeß — ein basisches Futter oder Auskleidung. Dasselbe besteht aus Dolomit, einem Gemisch von Calcium und Magnesiumcarbonat, mit Teer vermischt und einem Zusatz von Ton als Bindemittel. 2. Die Phosphorsäure, welche sich während des Blasprozesses bildet, zu binden durch einen Kalziumschlag; und 3. um eine Entphosphorung zu erzielen, muß nach der Verbrennung des Kohlenstoffs noch eine kurze Zeit weitergeblasen werden, um den Phosphor zu verbrennen. Nachdem der Kohlenstoff verbrannt, oxydiert der Phosphor und verbindet sich zu Calciumphosphat und geht in Schlacke über. Dieser früher für die deutsche Eisenindustrie so verhängnisvolle Phosphor ist durch das Thomasverfahren in der Thomaschlacke zu einem guten Düngemittel für die Landwirtschaft geworden. Man rechnet auf eine Tonne gewonnenes Eisen zirka 400 Kilo Thomaschlacke in einem Werte von 4—10 Mark.

Wie sehr die deutsche Eisenindustrie einer solchen Erfindung bedurft hatte, beweist der Umstand, daß schon am 22. September desselben Jahres der Hörter Verein und die Rheinischen Stahlwerke das Verfahren eingeführt und im folgenden Jahre die größte Mehrzahl aller deutschen Werke es einführten; trotzdem jedes Werk für das Patent 90 000 Mk. und noch 2,50 Mark pro Tonne zahlen mußte. Bis zum 19. April 1894, wo das Patent abließ, war dem Erfinder die hübsche Summe von 3 414 105 Mark zugeflossen.

Die Erfindung Thomas Gilchrist's hatte es der deutschen Industrie möglich gemacht, einen ungeheuren Aufschwung zu nehmen und die englische zu überflügeln. Eine weitere Erfindung beharrt noch der Erwähnung, es ist das

Thomas-Siemens-Martin-Verfahren.

Siemens war es gelungen, durch zweckmäßige Herstellung von Generatoren die Feuertechnik zu verbessern und so Hitzegrade zu erzielen, wie es früher nicht möglich war. Martin kam auf den Gedanken, durch Zusammensetzung von Roheisen und Abfälle von Stahl und Schmiedeeisen Flußeisen herzustellen, welches durch die verbesserte Feuertechnik Siemens' ermöglicht wurde. Nach dem Martinverfahren konnten in einer Charge in wenigen Stunden 40 000 Kilo und mehr Flußeisen hergestellt werden. Von Thomas wurde das basische Futter des Ofens, von Siemens die Feuertechnik und von Martin die Zusammensetzung des Materials zur Anwendung gebracht, daher der Name: Thomas-Siemens-Martin-Verfahren.

Die Leistungsfähigkeit der Defen wird immer mehr ins Ungemeine gesteigert. So werden heute schon Martinöfen gebaut, welche bis 75 000 Kilo in einer Charge herstellen (auf 3—4 Stunden berechnet). Ein amerikanischer Thalsofen hält gar schon 200 Tonnen, gleich 200 000 Kilo, in einer Charge. Ein Hochofen der Ohio Steel Compagnie liefert an einem Tage 800 Tonnen Roheisen. Auch damit dürfte die Höchstgrenze noch nicht erreicht sein. Ein solcher Ofen liefert heute in 36 Stunden soviel Eisen, als vor 150 Jahren 14 schlesische Hochofen in einem ganzen Jahre. Dementsprechend sind natürlich auch die Anlaßkosten enorm gestiegen. Ein moderner Hochofen kostet eine Million und mehr; das Großwalzwerk Gute Hoffnungshütte vier Millionen, das Panzerplattenwalzwerk von Stupp zwölf Millionen. Ein kombiniertes und modernes Hüttenwerk wird mit den nötigen Schachtanlagen auf 40 bis 45 Millionen Mark berechnet.

Steigerung der Produktion.

Die Entwicklung der schweren Industrie in Deutschland ist aus folgenden Zahlen ersichtlich. Im Jahre 1865 produzierte Deutschland 975 000 Tonnen, England 4 895 000 Tonnen. Im Jahre 1875 Deutschland 2 029 000 Tonnen, England 6 422 000 Tonnen.

1895 Deutschland 5 484 501 Tonnen; 1905 10 058 273 Tonnen; 1908 12 Millionen Tonnen, während England mit 10 Millionen weit hinter Deutschland zurückbleibt. In der Gesamtproduktion der Welt nimmt Deutschland die zweite Stellung ein, es produzierten im Jahre 1906:

| | | |
|-------------|------------|--------|
| Amerika | 25 712 000 | Tonnen |
| Deutschland | 12 478 000 | " |
| England | 10 400 000 | " |
| Frankreich | 3 100 000 | " |
| Rußland | 3 000 000 | " |
| Oesterreich | 1 800 000 | Tonnen |
| Belgien | 1 431 000 | " |

Alle übrigen Staaten bleiben weit unter einer Million Tonnen zurück. Als einziger Konkurrent auf dem Weltmarkt gegenüber Deutschland kann nur Amerika in Betracht kommen. Bei der Hoheisengewinnung waren in Deutschland Betriebe vorhanden: im Jahre 1886: 119; im Jahre 1905: 104 Betriebe. Die Zahl der Arbeiter betrug im Jahre 1873: 28 131; im Jahre 1905: 38 417. Die Produktion hat sich in der Zeit verzehnfacht, dagegen die Zahl der Arbeiter nur um zwei Fünftel mal vergrößert. Der Wert der Hoheisenproduktion stieg von 142 266 000 Mark im Jahre 1886 auf 578 724 000 Mark im Jahre 1905 und auf 714 022 000 Mark im Jahre 1906.

Die Stahl- und Eisenproduktion

stieg von 8000 T. im Jahre 1840 auf 1 805 000 T. im Jahre 1886, und auf 12 088 000 Tonnen im Jahre 1905. Die Zahl der Arbeiter vergrößerte sich von 84 080 im Jahre 1886 auf 159 172 im Jahre 1905. Die Produktion vermehrte sich seit dem Jahre 1840 151mal. Dagegen die Arbeiterzahl seit dem Jahre 1886 nur um 4 zwei Drittel mal. Die Umwälzungen in der Produktion hatten weiter zur Folge, daß die kombinierten gemischten Werke sich immer mehr bildeten und entscheidenden Einfluß ausübten. Das gewonnene Eisen konnte damit sofort vom Hochofen ins Stahlwerk, von dort zum Walzwerk in einer Pipe zu fertigem Material verarbeitet werden. Eine ungeheure Ersparnis an Feuerungsmaterial, Arbeitslohn und Abbrand wurde damit erzielt, und eine enorme Verbilligung der Produkte war die Folge. Diesen kombinierten Werken gegenüber können die reinen Hochofen- oder Walzwerke nicht mehr standhalten; sie können entweder nur mit Verlust arbeiten oder auf Kosten der Arbeitslöhne sich schadlos halten. Trotzdem werden sie auf die Dauer unterliegen, oder sich mit anderen Werken fusionieren müssen, welcher Vorgang immer mehr zu verzeichnen ist. Von den 31 Firmen des Stahlkartells beherrschen neun über die Hälfte (53,1 Prozent) der Stahlproduktion. Dieselben Werke liefern unter 72 Unternehmen des Kohlenhandels schon 30,7 Prozent der Gesamtkohlenförderung. Diese neun Unternehmen sind: Krupp, Deutscher Kaiser, Hoersch, Gute Hoffnung, Rheinische Stahlwerke, Union, Phönix, Gelsenkirchen, Bochumer Verein.

Nicht allein in der Stahlproduktion, sondern auch in der Fertigfabrikation, den Walzwerken, haben sich die Neuerungen in gleicher Weise übersiegt.

An Stelle der primitiven Red- und Bainhämmer, welche Jahrhunderte lang das Eisen verarbeiteten, sind die Pressen und Walzenstragen getreten, wo Blöcke mit riesigen Dimensionen von Tausenden von Zentnern bearbeitet werden können. In der älteren Zeit mußten Bleche, Draht Stabeisen usw. mit dem Hammer hergestellt werden. Zur Herstellung eines Bleches aus einer Luppe von geringen Dimensionen waren z. B. 13-14 Stunden und sieben Arbeiter erforderlich. Demgegenüber lieferte das berühmte Walzwerk Seraing (Belgien) schon im Jahre 1848 28 Tonnen Schienen pro Tag. Die Union in Dortmund im Jahre 1903 550 Tonnen in 12 Stunden, Deutscher Kaiser in Hamburg 1670 Tonnen in 24 Stunden. Das erste Walzwerk wurde in England im Jahre 1742 in Tätigkeit gesetzt; das erste in Deutschland im Jahre 1780 in Neuwied. Auch in der

Fertigfabrikation

sind in den letzten Jahrzehnten die Herstellungskosten enorm gefallen und fallen noch fortwährend. So sanken in Amerika die Kosten an Löhne vom Jahre 1886 bis 1901 pro Tonne für Schienwalzer von 15 auf 1 Dollar, für Drahtwalzer gar von 212 auf 12 und weniger Dollar. Für Anwärmen von Knüppeln von 80 auf 5 Dollar.

Wo früher 15-16 Arbeiter beschäftigt wurden, sind infolge der fabelhaften technischen Fortschritte noch höchstens 4-5 Mann in Tätigkeit.

Auf dem Hüttenwerke Rote Erde bei Aachen sanken die Selbstkosten vom Jahre 1886-87: Löhne von 24,95 Mk. auf 10,35 Mk.; allgemeine Untkosten von 2,01 Mk. auf 81 Pfg.; Kohlen von 9,32 Mk. auf 4,28 Mk. pro Tonne; oder in Prozenten: 58,5%, 67,7%, 54%. Seitdem sind die Löhne zweifellos noch weiter gesunken. Die Hütte reduzierte ihre Selbstkosten von 64 Mark im Jahre 1874 auf 25 Mark im Jahre 1904.

Die Selbstkosten des Roheisens in den einzelnen Revieren bewegten sich pro Tonne im Jahre 1901 nach Folg:

| Revier | Hoheisen | Oberstl |
|-----------------------------|----------------|---------|
| Erz und Zuschlag | 27,50 | 80,50 |
| Koks und Kohlen | 12,00 | 14,00 |
| Löhne, Gehälter u. Material | 6,50 | 7,50 |
| | 46,00 | 102,00 |
| | jezt 25,00 Mk. | |

Zu einer Tonne Roheisen sind im allgemeinen erforderlich drei Tonnen Erz, eine Tonne Koks, eine Tonne Kalkzuschlag. Eine Tonne Erz wird in Lothringen mit 2,80 Mk. berechnet. Außerhalb Lothringens kommt dieselbe um 5 Mk. teurer. Die Herstellungskosten im Jahre 1875-77 betragen im rheinisch-westfälischen Gebiet für Bessemerroheisen 61-70 Mk., Gießereiroheisen 59-64 Mk. Es kommt hierbei noch in Betracht, daß diese Zeitperiode die schlechteste war, welche die deutsche Eisenindustrie gesehen hat, wo die Arbeitslöhne fast bis zur Hälfte gesunken waren. Die Herstellungskosten verringern sich mit jeder technischen Verbesserung, weil dieselben nur lediglich unter dem Gesichtswinkel der Arbeiterersparnis und Verbilligung der Produktion inszeniert werden. Das Arbeiterwohl dürfte hierbei wohl an allerletzter Stelle oder auch gar nicht in Betracht kommen, sonst hätte es sich längst ermöglichen lassen müssen, wenigstens die Hochöfen an hohen Festtagen außer Betrieb zu setzen und so auch diese Arbeiter sich als Mensch fühlen zu lassen (Fortf. folgt.)

Staat und Organisation.

(Schluß.)

Seitdem ist nun bald ein halbes Jahrhundert vergangen. Wir stehen im Prinzip wohl ausnahmslos auf dem Boden des Sozialstaats. Unsere Bemühungen zum Schutze der Landwirtschaft, des Handwerks, der Industrie und des Handels sind unzweideutige Beweise dafür. Nicht zum wenigsten verrät sich jedoch der soziale Staatsgedanke in unserer Arbeiter- und Versicherungsgesetzgebung. Obwohl Deutschland in Waffen stark, so hat es doch im großen und ganzen vortrefflich verstanden, sich an die Erfüllung seiner Aufgaben auf dem wirtschafts-genossenschaftlichen Gebiete der Wohlfahrtspflege zu wagen. Wenn man bedenkt, daß eben immer noch die Verteidigungszwecke im Vordergrund stehen müssen — das Anwachsen des inneren Feindes aber vorläufig die Staatsaufmerksamkeit noch mehr als früher auf das Inland bannt, so muß man objektiv würdigen, daß nicht immer mehr geschehen konnte.

Neuen Einrichtungen gegenüber empfiehlt sich ja für das so verantwortliche politische Gemeinwesen große Vorsicht und oft ist besser nichts, als etwas verkehrtes, staatskompromittierendes und erbitterndes zu leisten. Immerhin wird kein Denker verkennen, daß noch weitaus das meiste auf dem Gebiete moderner staatlicher Wohlfahrtspflege zu tun übrig bleibt, sowohl in Form von wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Zoll- und Handels- und Verkehrsrecht, staatliche Genossenschaftsförderung, Pflege des sachlichen Bildungswesens in Stadt und Land usw.), als auch in Bezug auf persönliche Wohlfahrtspflege, Hebung der einzelnen Stände, Sozialgesetzgebung usw.

Natürlich bedarf auch unser Gesetzgeber angesichts der immerfliehenden wirtschaftlichen, sozialen und allgemeinen Kulturentwicklung dauernder Anpassung an die Wirklichkeit unter größtmöglicher Berücksichtigung der neuzeitlichen sozialen Komplikationen. Der Staat ist und bleibt eben die verantwortliche Instanz für die Untertanensicherheit. Seine Gesetze müssen daher einzelne und ganze Stände vor Benachteiligung und Ungerechtigkeiten schützen und ausgleichend jedem die ihm zukommenden Pflichten und Rechte dem Gemeinwesen sowie dem einzelnen gegenüber zuteilen.

Daß angesichts dessen, was noch an der Erfüllung sämtlicher Aufgaben eines modernen Staates fehlt, vorläufig die Ständesorganisationen noch notwendig sind, wird wohl einleuchten. Wer sollte denn dem Staate die Aufgaben vorschlagen, sie ihm vorbereiten und an ihrer parlamentarischen Durchsetzung mitwirken, wenn nicht Verbindungen derjenigen, welche die Neuerungen für ihre Existenz-erhaltung nötig haben, vorhanden wären? Also muß man heute noch schlechterdings Staaten im Staate dulden? Nicht bloß heute, immer möchten wir antworten, werden dieselben unentbehrliche Ergänzungskörperschaften für die Staatswirksamkeit zur Wahrung des Ständevorteils und Gemeinwohls sein, immer wird es Funktionen geben — und ihrer werden sogar zahlreiche und wichtige sein — die nicht die staatliche Zwangsorganisation übernehmen kann, welche vielmehr privaten und freiwillig gebildeten Selbsthilfekörperschaften vorbehalten bleiben. Sehen wir aber nun des näheren zu, ob dies auch wirklich der Fall ist.

Wir haben, daß die Gewerkschaft gleich dem Staate aber innerhalb desselben eine Verteidigungsorganisation nach außen, d. h. anderen Ständen gegenüber und nach innen, d. h. den Ständegenossen gegenüber ist. Wird eine solche stets notwendig

sein oder kann der Staat diese Funktionen unter seine allgemeinen Schutz- und Verteidigungspflichten einzuordnen? Der äußere Gegner des Staats ist eine fremde Nation, derjenige der Gewerkschaft ein anderer Stand. Unmöglich kann somit der Staat mit seiner Militärorganisation gelegentlich den Arbeiter gegen den Unternehmerstand verteidigen oder umgekehrt, denn was im Kriegsfalle erlaubt ist, darf er Landeskindern gegenüber nur in ganz komplizierten Fällen tun. Ueberhaupt wird der politische Krieg mit anderen Mitteln geführt als der soziale. Hier Waffengewalt — dort Rückzug der Machtmittel, also je nach dem des Kapitals (bei Aussperrungen) oder der Arbeitskraft (bei Streiks) Wie könnte der Staat mit seiner auf Waffenkampf eingeübten Verteidigungsmannschaft hier eingreifen, wie könnte er Lohnkonflikte mit Kanonen ausfechten?

Aber gibt es nicht andere Mittel der Staatseingriff in Gewerbetämpfe, z. B. Zwangsschiedsgerichte usw.? Gewiß, der Staat könnte besondere Instanzen zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens in Vertretung der Selbsthilfseorganisationen schaffen. Diese Körperschaften an Stelle der beiderseitigen Organisationen gesetzt, würden aber schreckliches Unheil anrichten. Ohne richtige Orientierung über die beiderseitigen Machtverhältnisse — eine solche kann ja nur die jeweilige Organisation geben — würden sie käppisch und unerfahren in interne Berufsverhältnisse eingreifen. Ihr Walten könnte geradezu verfassungswidrig werden, d. h. gegen die gewählteste gewerbliche Bewegungsfreiheit und bürgerliche Unabhängigkeit verstoßen. All die Nachteile stellen sich heraus, die sich immer da zeigen, wo eine ungeeignete Instanz in einer ihr fremden Sache richtet.

Deshalb werden wir, solange wir in der Gewerbetwelt zwei Stände haben, auch auf beiden Seiten Koalitionen brauchen, neben der politischen Armee im Staate viele Armeen der Selbsthilfe, welche mit legitimen Waffen und ohne Verstoße gegen die Staatsgesetze kämpfen müssen, aber ihre Konflikte unabhängig vom politischen Gemeinwesen ausfechten sollen. Fühlt sich der Staat für den sozialen Frieden innerhalb seiner Grenzpfähle verantwortlich, wie er es in gewisser Hinsicht ja auch muß, so mag er die beiderseitigen Kampforganisationen anerkennen und stärken, sie aber gleichzeitig auch durch vernünftiges Entgegenkommen und weise Disziplinierung in den Grenzen des gesetzlich Erlaubten halten.

Noch weniger könnte jemals der Staat das übernehmen, was wir als den Verteidigungskampf der Gewerkschaften gegen ihren inneren Feind bezeichnen haben. Dem Staate kommt nur die Bestrafung strafrechtlich unzulässiger Handlungen zu und durch seine Gerichte können nur jene Personen bestraft werden, welche sich gegen sein öffentliches oder privates Recht vergangen haben. Verstöße gegen die Ständesolidarität und Berufsehre sind gerichtlich unsachbar und müssen es stets bleiben. Hier hat eben das Ehrengericht der Ständesgenossen zu sprechen. Ohne Gefängnis und Geldstrafe durch den Druck der öffentlichen Meinung muß es richten und durch seine Privatjustiz erzieherisch wirken. Vom Staate wünschten wir in dieser Hinsicht nichts positives, wohl aber manches Negative. Wir wünschten zum Beispiel, daß der Staat und seine Justizorgane mehr Verständnis auch für die Arbeiterbegriffe an den Tag legten, daß man regierungsgewillig immer mehr die erzieherische und sittliche Einwirkung unserer Gewerkschaften schätze und diese Anerkennung auch gelegentlich in einem Gewerkschaftsrecht zum Ausdruck brächte, welches die Arbeiterorganisationen den übrigen gleichstellt.

Weniger leicht läßt sich die absolute Notwendigkeit des Bestehens der Gewerkschaften innerhalb des modernen Staates in Hinblick auf die wirtschafts-genossenschaftlichen Funktionen nachweisen. Zeitweise hat er tatsächlich Aufgaben übernommen und befriedigend gelöst, die ursprünglich zur gewerkschaftlichen Wohlfahrtspflege gehört haben, so zum Beispiel die Kranken-, Invalidenversicherung usw. Andere Zweige des Unterstützungswezens dagegen, welche direkt zur Ständeverteidigung gerechnet werden müssen, wie die Streik-, Arbeitslosen-, Reise- und Umzugsunterstützung, sind nach wie vor Domäne der Berufsvereine geblieben. Wie weit dies stets so sein wird, wagen wir besonders in Bezug auf die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nicht zu sagen, wir meinen jedoch, daß die Organisationen gerade dann, wenn der Staat einen derartigen Versicherungszweig übernimmt, doppelt eifrig Ergänzungsleistungen zur staatlichen Leistung pflegen müßten, um sich so ihre Mitwirkung auf diesem Gebiete nicht ganz entziehen zu lassen und stets beeinflussend wirken zu können.

Ueberdies gibt es noch zahlreiche Wohlfahrtsrichtungen innerhalb der Gewerkschaft, an deren Anknüpfung der Staat vorläufig garnicht denkt und auch kaum jemals denken wird. Auch bei den Anstalten zur sachlichen und geistigen Fortbildung, als den Pflegestätten geistig sittlicher Kultur, werden Staat und vor allem Kommune viel von dem allmählich leisten, was heute die Selbsthilfsewerkerschaft tut. Da sie es besonders unter Hinzuziehung beratender Organisationsvertreter besser tun können, als die Ge-

wertverehren, und diese so freigeordneten Mittel wieder anderweitig trefflich verwerten können, ist dagegen ja gar nichts einzumenden.

Das große Werk grundlegender Arbeitererziehung und Hebung, jene Arbeit, welche in der Werkstatt von Mund zu Mund, in der Versammlung, durch die Fachpresse und vor allem im sozialen Unterrichtskursus getan wird, bleibt der Staat und die Gemeinde konfuzenzunfähig; hier gehört eben mehr als bürokratischer Eifer, nämlich die kollegiale Bruderliebe und das eigene Interesse an der Bildung der Etadesgenossen als unerlässliche Triebfeder erfolgreicher Wirkens zur Sache.

Kann nun aber der Staat durch eine reformierte Rechtsordnung nicht vielleicht doch alle Selbsthilfe überflüssig machen? Ihm kommt ja der Schutz der Einzelnen und der Korporationen gegen Uebergriffe anderer zu. Könnte er da nicht allmählich eine soziale Ordnung des unerschütterten Friedens durchführen, in der jeder zur Gerechtigkeit gezwungen wäre?

Die Verwirklichung dieses Gedankens erforderte mehr als eine Fortführung der bürgerlichen Sozialreform, mehr auch, als eine weitgehende Vergesellschaftung durch Genossenschaften, Kommunen und den Staat, also mehr, als gemäßigte Sozialisten heute noch von der Zukunft erwarten. Ein Zukunftsstaat im bürokratischen Sinne, ein sozialistischer Polizeistaat wäre dazu notwendig, gegen den sich sogar die Sozialdemokratie auflehnte. Der Kapitalist wäre nicht mehr Besitzer, sondern Vermögensverwalter, der Fabrikant nicht mehr Unternehmer, sondern ein an Händen und Füßen gefesselter Beamter, der Arbeiter nicht mehr freiwollender und freibeweglicher Eigentümer seiner Arbeitskraft, sondern Sklave des Gemeinwesens. Und doch würde der Zweck nicht erreicht, vielmehr würden immer noch Einzelne gegen ihre Mitmenschen Uebergriffe versuchen und bei der ewigen Wandelbarkeit der wirtschaftlichen und sozialen sowie politischen Entwicklung ließen sich nie alle einschlägigen Gesetze so ausarbeiten, daß sie allen Eventualitäten Rechnung tragen könnten. Stets eilt nämlich die leichtflüchtige Wirtschaftsentwicklung der schwerfälligen Gesetzesreform voraus. Deshalb läßt sich eben niemals der soziale Friede durch Gesetze durchführen. Nur starke, gleichberechtigte Berufsorganisationen können die Vorbedingung für ihn werden.

Wir sagen vorsichtig die Vorbedingung, denn sie verbürgen an sich den sozialen Frieden noch lange nicht. Auch sie müssen immer mehr Anpassungsfähigkeit an wirtschaftliche und soziale Neukonstellationen lernen und sich immer mehr daran gewöhnen, Mißverständnisse und Meinungsdivergenzen auf dem bequemsten, friedlichsten Wege beizulegen. Wohl wird unsere Gesetzgebung noch manche Vorkommnisse unmöglich machen müssen, welche mit der heutigen Produktion verbunden sind und vom Strafrichter nicht erfaßt werden können, wiewohl sie mindestens gegen die guten Sitten, oft sogar gegen die Sicherheit von Menschenleben und Menschenehre verstoßen. Verbieten kann der Staat hier noch viel, aber Gerechtigkeit gebieten vermag er nicht. Das jeweils Gerechte läßt sich im Arbeitsverhältnis nur durch den Vergleich der Organismen finden. Eine hohe und wichtige Staatsaufgabe wird es sein, das Resultat solcher Verhandlungen, also das jeweils als gerecht und friedverbürgende durch Gesetze zu schützen.

So wäre z. B. der gesetzliche Schutz unserer Tarifverträge schon ein bedeutender Schritt der Gesetzgebung, durch welchen sich der Staatswille zur Mitwirkung am Werke des Standesausgleichs bekunden könnte. Mit den Standesorganisationen kann hier überhaupt wie so oft das Gemeinwesen viel, ohne sie aber nichts erreichen. Aus dem Gefagten geht also hervor, daß der Staat im Staat, die Standesorganisation, innerhalb der allgemeinen Bürgerorganisation unbedingt notwendig ist und dem Gemeinwesen dienlich ist. Auch das haben wir gesehen, daß beide, Staat und Gewerkschaft, sich in ihrem standeshebenden, sozial ausgleichenden und gemeinnützigen Werte unterstützen können. Möge jeder die Grenze seines Könnens und Sollens erkennen und möge keiner vergessen, daß er den anderen dringend braucht, mögen die Gewerkschaften gut national, der Staat aber gut organisationsfreundlich sein!

Wirtschaftliche Umschau.

Die Krisis ist also da. Vorläufig allerdings ist sie erst in verschiedenen Erwerbszweigen in die Erscheinung getreten. In den Vereinigten Staaten haben wir bereits eine direkte Panik, die ältesten und angesehensten Banken sind rettungslos zusammengebrochen und große angesehene industrielle Werke, wie das größte elektrische Werk der Vereinigten Staaten, sind in Zahlungsunfähigkeit geraten. In Deutschland hat sich diese unangenehme Erscheinung sofort in der Weise bemerkbar gemacht, daß die Amerikaner mit allen Mitteln versuchten, sich aus Europa in die Vereinigten Staaten zu ziehen. Dadurch wurde unsere Reichsbank gezwungen, den Diskontinzins auf die Bucherzinshöhe von

7 1/2 Prozent hinaufzusetzen. Die Folge davon wird natürlich in allernächster Zeit eine direkte Panik für unsere Industrie werden, die natürlich bei einem so hohen Zinssatze nicht mehr in der Lage ist, entprechende Ueberflüsse zu erzielen.

Unsere deutsche Industrie steht der Sache vorläufig, wenn man die Anklagen der Werkdirektoren als richtig ansehen darf, noch sehr selbstbewußt gegenüber. In der letzten Woche waren die Generalversammlungen verschiedener großer Werke, und daneben eine größere Anzahl Tagungen neuerer Betriebe. Fast allgemein wird in den Geschäftsberichten oder in den Vorträgen, die die Herren Direktoren bei dem üblichen „Liedesmaße“ nach der Generalversammlung den Herren Aktionären halten, die Auffassung vertreten, daß die Geschäftslage in Deutschland sehr gut sei. Besonders interessant hat sich in dieser Beziehung der Leiter des Bochumer Vereins, Kommerzienrat Baare ausgesprochen. Er meint, die Situation in Deutschland sei durchaus nicht beängstigend, und Deutschland habe keine sehr ernste Krise zu erwarten, weil das Verbandswesen bei uns in Deutschland der wirtschaftlichen Lage eine sehr starke Stütze biete. Das eine darf ja ohne weiteres als sicher angenommen werden, daß das Syndikatswesen geeignet sein könnte, die Gefahren der Krisen abzumildern. Ob es aber möglich ist, den Niedergang der Konjunktur aufzuhalten, das zu beurteilen, ist äußerst schwer. Jedenfalls ist es ein verhängnisvoller Irrtum, wenn die „Gewaltigen“ der Industrie, die neuerdings auch von dem früheren preussischen Handelsminister Möller vertretene Ansicht verfechten, das Verbandswesen könne die Krisen beseitigen, und zwar auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Eine Beseitigung der Krisen würde in einem streng abgeschlossenen Wirtschaftsgebiete, das mit keinerlei Einfuhr und Ausfuhr zu rechnen hätte, das also von den Vorgängen auf dem Weltmarkt gänzlich unabhängig wäre, vielleicht durch eine denkbar scharfe Kartellierung aller Industriezweige annähernd erreicht werden können. Damit würde aber jeder wirtschaftliche Fortschritt von vornherein ausgeschlossen werden. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß das Verbandswesen von heute einen günstigen Einfluß auszuüben geeignet ist. Unter diesen Umständen werden wir damit rechnen dürfen, daß der Umschwung bei uns sich langsam vollzieht, daß aber bei uns eine Krise zu erwarten ist, wie das an dieser Stelle immer wieder vorausgesagt wurde.

Dafür, daß dieses Abbröckeln inzwischen eingetreten ist, liegen allerdings heute sichere Beweise in größerer Zahl vor. Der Kampf zwischen den reinen Walzwerken und dem Hoheisenyndikat hat ein geringes Entgegenkommen des Syndikats für die weiterverarbeitenden „reinen“ Werke gebracht. Die Leiter des Stahlwerksverbandes und der diesem nahestehenden Organisationen vertreten die Auffassung, daß ein plötzliches allgemeines Sinken der Preise für die einzelnen Fabrikate, auch für Fertigfabrikate, vermieden werden könne, wenn die Fertigindustrie in einem lückenlosen Verbände zusammengeschlossen ist. Unter diesen Umständen suchen die Herren einen Zwang auf die weiterverarbeitende Industrie auszuüben, der zu einer Organisation führen soll. In der Berichtsperiode beschäftigte vor allen Dingen wieder der Walzdrahtverband die interessierten Kreise. In den Kreisen der beteiligten reinen Drahtwerke konnte man lange Zeit hindurch zu keiner Einigung kommen. Da suchte dann der Stahlwerksverband nachzuhelfen, indem er für Halbzeugverbraucher eine stärkere Ausführvergütung einführte und dazu beikamte, daß diese Ausführvergütung fortfallen sollte, wenn der Walzdrahtverband nicht zustande käme.

Vom Standpunkte des Arbeiters aus wird man diese Haltung der Großindustriellen keineswegs mißbilligen können, sofern die Unternehmer in ihren Werken selbst das, was sie in ihrer Organisation an Vorteilen schaffen, nicht wieder zu nichte machen. Die wirtschaftlich schlechte Zeit bringt eine Verminderung des Absatzes und Verbrauchs. Durch die Vereinigung der Unternehmer wird es möglich sein, die Preise hoch zu halten auch für den Bedarf, der in der schlechteren Zeit vorhanden ist. Würden die Unternehmer nun dazu übergehen, das vorhandene Arbeitsquantum und den damit verbundenen Arbeitsverdienst für den alten Höhe auf die sämtlichen Arbeiter zu verteilen, so würde sich für die Gesamtheit der Arbeiter bei verkürzter Arbeitszeit wohl ein Nachlassen des Verdienstes, nicht aber für größere Teile von ihnen eine vollständige Arbeitslosigkeit ergeben. In dieser Beziehung sind wir ja leider bei unseren Großindustriellen allzusehr gewöhnt, was nicht als schon angesehen werden kann. Die Herren suchen sich meistens für den Ausfall der schlechten Jahre an den Arbeitern schadlos zu halten, indem sie eine größere Zahl Arbeitslose auf Plätze setzen und dann den übrigen unter Vermeidung auf das starke Angebot von Arbeitskräften die Löhne herunterbrücken. Hier liegt für die Arbeiterorganisation ein weites fruchtbares Gebiet, dessen Beaderung allerdings nur durch Mitwirkung aller Arbeiter möglich ist. Mit Tarifverträgen aber wollen die Herren, wie sie

noch vor einigen Tagen auf der Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Industriellen all Welt verkündet haben, nichts zu tun haben. Die Arbeiterorganisationen werden hier noch eine schwer aber dankbare Erziehungsarbeit am Unternehmertum zu leisten haben.

Bezeichnend für das Selbstbewußtsein, das noch immer in unserer Industrie lebt, sind die zahlreichen Mitteilungen über Neugründungen bzw. Erweiterungen. So hat das Essener Blechwalzwerk Schulz-Knaud ein größeres Rüttelgut und 45 Morgen Terrain in der Nähe von Duisburg zur Errichtung eines großen Stahlwerks ankaufen, um bei dem Bezuge von Halbzeug unabhängig zu machen. Zu dem Zwecke soll das Aktienkapital erheblich erhöht werden. Weiter will die A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb „Phönix“ in Kupferberg ein neues Hochofen errichten. Auch das Kapital scheint trotz des hohen Zinssfußes neuen Gründungsexperimenten nicht abgeneigt zu sein; denn kürzlich ist auch die Eisen- und Metallgrubhandlung Julius Sichel u. Co. in Mainz in eine A.-G. umgewandelt worden. Man wird daraus allerdings keine zu hoffnungsvollen Schlüssen auf die Lage der Eisenindustrie ziehen dürfen, weil in solchen Fällen manchmal besondere Verhältnisse — bei Schulz-Knaud z. B. die Halbzeugpreispolitik des Stahlwerksverbandes in Betracht kommen.

Die gegenwärtig vorliegenden Mitteilungen über die Erträge der Industriegesellschaften spiegeln natürlich durchweg die gute Zeit wieder. Sie sind für den Arbeiter aber trotzdem von großer Interesse, weil er daraus ersehen kann, in welchen Umsfängen die einzelnen Werke von den großen Gewinnsteigerungen auch ihren Arbeitern etwas zugute haben kommen lassen. Wir fügen die übliche Uebersicht über die zuletzt beschlossenen bzw. abgeschätzten Dividenden hier an:

| | 1905/06 | 1906/07 |
|---|---------|---------|
| | % | % |
| Stettiner Elektrizitätswerke | 6 1/2 | 6 1/2 |
| Eisenhüttenwerk Keula bei Moskau, Akt.-Ges. | 7 | 7 |
| Kirchner Maschinenfabrik Leipzig | 12 | 15 |
| Mühlbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebr. Sed. Dresden | 8 | 12 |
| Maschinenbau Akt.-Ges. vorm. Starke & Hoffmann | | 4 1/2 |
| Deutsch-Lugenburgische Bergwerksgesellschaft, Bochum | | 10 |
| Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe in Karlsruhe i. B. | 10 | 14 |
| Maschinen- u. Armaturenfabrik Frankenthal (Pfalz) | 8 | 9 |
| Karlsruher Akt.-Ges. für Eisengießerei in Altwasser i. Schles. | 6 1/2 | 7 |
| Deutsche Elektrizitätswerke | 4 | 5 |
| Steg-Rheinische Hütten Akt.-Ges. Friedrich-Wilhelmshütte | 10 | 5 |
| Deutsche Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Sondermann & Ester, in Chemnitz | 6 | 6 |
| Hannoversche Maschinenbau Akt.-Ges. vorm. G. Gaeffert, Linden b. Hannover | 20 | 25 |
| Zeiger Eisengießerei u. Maschinbau Akt.-Ges. | 10 | 14 |
| Westfälische Kupfer- und Messingwerke in Lüdenscheid | 9 | 8 |
| G. Saueabren, Maschinenfabrik Akt.-Ges. in Stuttgart | | 8 |
| Bochumer Gußstahlverein | 15 | 16 1/2 |
| Akt.-Ges. für Fabrikation von Eisenbahnmaterial zu Görlitz | 18 | 20 |
| Märkische Maschinenbauanstalt Ludwig Studenholz, Wetter | | 8 |

Eine Scharfmaßer-Lagung.

Genau eine Woche nach dem zweiten deutschen Arbeiterkongreß, der die Fortführung der Sozialreform mit allem Nachdruck verlangte, trat in Berlin eine andere wirtschaftliche Vereinigung zu ihrer Generalversammlung zusammen, um gleichsam als Antwort auf den christlich-nationalen Arbeiterkongreß auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu brechen und die Regierung vor „übertriebenen“ Forderungen der Arbeiter an ihre Pflicht gegenüber den Unternehmern zu erinnern. Die am 28. Oktober in Berlin stattgefundene Lagung des Zentralverbandes deutscher Industrieller hat das sozialpolitische Brechen mit ziemlich rückhaltloser Offenheit betrieben und man braucht ja bloß die Namen der Hauptredner Dued und Kirsdorf zu hören, um zu wissen, welcher Art die „Sozialpolitik“ auf dieser Unternehmertagung gewesen ist.

Als Ehrengäste waren erschienen der Staatssekretär des Reichsamts des Innern von Bethmann-Hollweg, der preussische Handelsminister Dr. Delbrück, der Finanzminister von Rheinbaben, sowie mehrere Unterstaatssekretäre und der Präsident des Reichsversicherungsamtes. Der Staats-

sekretär erklärte, er werde bestrebt sein, dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft mit der gleichen Offenheit und Unbefangenheit gegenüberzutreten und die Auffassungen beider Seiten gleichmäßig zu würdigen, um in möglichst enger Fühlung mit dem wirklichen Leben das richtige Augenmaß für das Mögliche sowohl wie für das Notwendige zu gewinnen und zu behalten. v. Bethmann-Hollweg bekannte sich zu gleich nochmals zu einer „entschlossenen Sozialpolitik“, wie er es kürzlich auf dem christlichen Arbeiterkongress ausgesprochen habe. Der Staatssekretär warnte schließlich vor Ueberspannungen der auf die Zusammenfassung der Industriebetriebe gerichteten Bestrebungen und wies auf die „verhängnisvollen wirtschaftlichen und sozialen Folgen“ dieses Fehlers in anderen Ländern hin.

Hauptverhandlungsgegenstand der Generalversammlung, die von über 300 Delegierten besucht war, ist die Stellungnahme des Zentralverbandes der deutschen Industrieller zu den wichtigsten Fragen der Sozialpolitik gewesen. Referent dazu war Bued. Trotz der Betonung, daß der Zentralverband „weit davon entfernt sei, einen Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung zu verlangen“, sondern daß er bereit sei, „an der Lösung der sozialpolitischen Aufgaben unserer Zeit kraftvoll und opferwillig mitzuwirken“, war die Bued'sche Rede in ihrer ganzen Tendenz eine Scharfmacher-epistel, wie sie im Buche steht und wie sie von diesem Redner auch nicht anders zu erwarten ist. Wie sich der „Sozialpolitiker“ Bued die „kraftvolle und opferwillige Mitarbeit“ des Zentralverbandes an der Sozialpolitik denkt, darüber nur folgende Auslassung, die wir einem ausführlichen Bericht der Zeitchrift „Stahl und Eisen“ (Nr. 45) entnehmen. Demgemäß forderte Bued im Namen des Direktoriums die Delegierten auf,

„mit der größten Entschiedenheit Widerspruch zu erheben gegen die weitgehenden sozialpolitischen Bestrebungen von denen seit Jahren die Industrie schwer beunruhigt wird. Die Delegierten werden aufgefordert, diesen Widerspruch zu erheben gegen die in den verschiedensten Formen beabsichtigte Entziehung von Arbeitskräften, gegen weitere Einschränkungen und Einengungen der Betriebe in der jetzt zur Fortführung gewisser Arten von Betrieben gestatteten Sonntagsarbeit. Auch darüber spricht der Redner sein Bedauern aus, daß die Staatsbetriebe mehrfach eine Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen haben, ohne sich vorher mit der Privatindustrie darüber ins Einvernehmen zu setzen. Insbesondere erklärt Herr Bued noch die Tarifverträge für die Industrie ungeeignet. Gegen das Koalitionsrecht habe der Zentralverband niemals Stellung genommen, er wolle es nicht angreifen; er müsse aber auf das volle unantastbare Recht des Arbeitgebers verweisen, das Arbeitsverhältnis mit seinen Arbeitern unter Ausschluß aller außenstehenden Elemente zu regeln. Wir können uns auch nicht verhehlen, daß das Koalitionsrecht Erscheinungen zeitigt, von denen die Wohlfahrt des Staates und der Gesellschaft ernstlich bedroht werden kann. Daher sprechen wir uns gegen jede Erweiterung des bestehenden Koalitionsrechts aus. Der Staat möge, mehr als bisher geschehen, das gute Recht des Arbeiters, der Organisation fern zu bleiben, die Freiheit der Arbeit gegen den furchtbaren Terrorismus der Sozialdemokratie schützen. Das Schlagwort von der „konstitutionellen Fabrik“ und die ihm zugrunde liegende Tendenz weist der Redner zurück. Der Regierung soll das Vertrauen ausgesprochen werden, daß sie allen Bestrebungen, die autoritative Stellung der Unternehmer und Arbeitgeber in ihren Betrieben anzutasten, entschieden entgegengetreten werde.“

Gegen Tarifverträge, gegen die Erweiterung des Koalitionsrechts, gegen das „konstitutionelle Fabrikssystem“, gegen weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit, das ist Bued'sche „Sozialpolitik“. Und diesen Geist atmen die lange Reihe von gefaßten Beschlüssen, die als das Ergebnis des Referats von der Generalversammlung angenommen worden sind.

Der erste dieser Beschlüsse betrifft die Reorganisation der Krankenkassen. Darin

„erklärt sich der Zentralverband namens des von ihm vertretenen größten und bedeutendsten Teiles der deutschen Industrie bereit, die Hälfte der Gesamtbeiträge zu den Krankenkassen, anstatt des bisherigen Drittels, zu übernehmen, sofern die Verbündeten der Regierung der Industrie die Sicherheit geben wollen, daß in dem Gesetzentwurf über die Reform der Krankenkassen

- 1. der Fortbestand der Betriebskrankenkassen wesentlich in demselben Umfange wie in der Gegenwart unter Aufsicht der Regierung der Vorschriften des § 54, 1-5 des R.-V.-G. anerkannt wird;
- 2. in den Betriebskrankenkassen und Betriebskrankenkassen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Vorständen und Generalversammlungen je die Hälfte der Stimmen führen;
- 3. in den Betriebskrankenkassen der Fabrikbesitzer den Vorsitz führt, in den Betriebskrankenkassen ein von einer hierzu geeigneten Behörde zu bestellender unparteiischer Vorsitzender die Verhandlungen leitet und mit dem Rechte ausgestattet wird, bei Stimmengleichheit den Ausschlag zu geben.“

Dieser Vorstoß zielt dahin, die Verwaltung der Krankenkassen den Unternehmern vollständig auszuliefern. In den Betriebskassen, wo heute der Einfluß der Arbeiter äußerst gering ist, würde der Nutzen Ortskrankenkassen soll ihre Selbständigkeit nicht nur als unumgänglicher Gebieter wahren und ebenfalls bedenklich beschnitten werden. Dagegen gilt es Einspruch zu erheben. Der zweite deutsche Arbeiterkongress hat die Verhältnismäßigkeitsforderung für alle sozialen Wahlen und wenn diese Forderung von der Gesetzgebung erfüllt wird, genügt das für die

um etwaigen Mißbrauch der Massen zu sozialdemokratischen Parteizwecken zu verhindern. Eine Bescheidung des Selbstverwaltungsrechts müssen wir christlichen Arbeiter jedoch entschieden ablehnen.

In weiteren Beschlüssen äußern die Unternehmer ihre Wünsche bezüglich: 2. der Verringerung der Arbeiterversicherungsbeiträge; 3. der Witwen- und Waisenversicherung; 4. zur Pensionsversicherung der Privatbeamten; 5. zur Heimarbeit. Der 6. Beschluß erhebt „Einspruch gegen die weitestgehenden sozialpolitischen Ziele.“ Der Passus c dieses Beschlusses interessiert in hohem Maße uns Metall- und Hüttenarbeiter. Er lautet:

„Der Zentralverband erhebt insbesondere Einspruch gegen die Bestrebungen, in den Betrieben mit unvermeidlicher Tag- und Nachtarbeit durch Kürzung der Arbeitszeit die Einführung der achtstündigen Schicht zu erzwingen, weil der Lohnausfall von den Arbeitgebern nicht gedeckt und von den Arbeitern nicht getragen werden kann, auch die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen.“

Das alte Lied. Und wie furchtbar einfach. „Die Arbeitgeber können's nicht zahlen, die Arbeiter auch nicht entbehren und zudem mangelt es an Leuten.“ Schrumm! Damit glauben die Zentralindustriellen die Forderung der Hütten- und Walzwerksarbeiter auf Einführung der Achtstundenschicht abgetan zu haben. Ist das nicht überzeugend? Wenn irgend etwas, so muß diese schroffe Brüstung der Hütten- und Walzwerksarbeiter alle noch unorganisierten Kollegen aufrütteln und in die Organisation hineintreiben, denn nur starke und leistungsfähige Arbeiterorganisationen werden der Gesetzgebung soweit den Rücken steifen können, um den Widerstand der Großindustriellen zu überwinden.

In demselben Beschluß erheben die Zentralindustriellen schwere Bedenken gegen eine Höchstarbeitszeit (von 10 Stunden) für Arbeiterinnen. Das richtet sich gegen die angekündigte Novelle zur Gewerbeordnung, die den 10stündigen Maximalarbeits-tag für die Arbeiterinnen bringen soll.

Beschluß 7 richtet sich gegen die Erweiterung der Sonntagsruhe, Beschluß 8 gegen die Tarifverträge und dann kommt die letzte Resolution, die sich mit dem Koalitionsrecht und dem Schutz der Arbeitswilligen befaßt. Gegen jede Erweiterung des bestehenden Koalitionsrechtes, dazu aber eine Neuauflage der Zuchttausvorlage, das ist der Schlußrefrain des reichhaltigen Wunschzettels der Zentralindustriellen.

Und das Ganze nennen die Scharfmacher in Resolution 6 „eine gesunde, kräftige, vorurteilslose, vernünftige Sozialpolitik“... aufrichtig und opferwillig zu unterstützen.“

Ist das nicht eine Verhöhnung und Herausforderung der deutschen Arbeiterschaft und auch der gesetzgebenden Faktoren?

Die christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands lehnt eine solche „Sozialpolitik“ mit aller Entschiedenheit ab, unbekümmert darum, ob sie von solchen Scharfmachern auch mit den Sozialdemokraten in einen Topf geworfen wird, wie es auch bei dieser Gelegenheit Herr Kirbors wieder nicht unterlassen hat. Bei einem Festmahl anlässlich dieser Scharfmachertagung hat Kirbors seinem übervollen Herzen Luft gemacht, worauf der preussische Handelsminister Delbrück eine längere Rede gehalten hat, die nach mehr wie einer Seite hin bemerkenswert war.

(Raummangels halber können wir er für die nächsten Nummer auf diesen interessanten Teil der Scharfmachertagung näher eingehen. Red. „Der deutliche Metallarbeiter.“)

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Der nationalliberale Parteitag und das Koalitionsrecht.

Der rapide Aufschwung unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist naturgemäß nicht ohne bestimmenden Einfluß auf die verschiedenen politischen Parteien dieser Bewegung gegenüber geblieben. Ein deutlicher Beweis dafür war ja die zahlreiche Vertretung der bürgerlichen Parteien und ihre Sympathieerklärung auf dem Berliner Kongress. Durch das Drängen der christlich-nationalen Arbeiterschaft und ihre rege Betätigung auch im politischen Leben ist es gelungen, eine Reihe von Arbeiterabgeordneten in den Reichstag und die verschiedenen Landtage aus einzelnen bürgerlichen Parteien zu entsenden. Da ist es jedenfalls interessant zu beobachten, wie auch die Parteien, welche den berechtigten Forderungen der ihnen angehörenden Arbeiter bisher noch sehr zurückhaltend gegenüberstanden, sich jetzt ebenfalls zu bemühen scheinen, auch der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mehr Beachtung und Rücksichtnahme zu bezeigen. So hat auch auf dem letzten stattgefundenen nationalliberalen Parteitag der nationalliberale Abgeordnete Bassermann sich mit dieser Frage beschäftigt. Die „Soziale Praxis“, der wir nachstehenden Bericht entnehmen, schreibt dazu: „Die Hauptrede Bassermanns über „des Reiches Politik“ schlug mehrfach mit erheblichem Nachdruck sozialpolitische Forderungen vor, die sich auf die

wahlen bemerkte er, der Rückgang der sozialdemokratischen Siege habe das Wahlergebnis gezeigt, daß eine eherliche liberale und soziale Politik wohl imstande ist, Hunderttausende von Arbeitern zurückzugewinnen. „Diese Gesichtspunkte wollen wir für unsere zukünftige Politik nicht außer acht lassen.“ Und diesen Grundgedanken führte Bassermann dann weiter aus:

„Die sozialdemokratische Gefahr liegt in dem Charakter der sozialdemokratischen Bewegung, in dem Klassenkampf. Die Gefahr liegt darin, daß alljährlich in Deutschland neue Tausende aufdrücken in die Massen der industriellen Arbeiter hinein. Diese sieht aber die Sozialdemokratie als ihr Rekrutenmaterial an. Da müssen wir ansetzen. Aufgabe des 20. Jahrhunderts wird es nun sein, die Arbeiter zu einer nationalen Politik zurückzuführen. Da finde ich die ersten guten Ansätze in der hinter uns liegenden Wahl. Weitere Mittel zu diesem Ziel werden sich finden in einer liberalen Politik. Es gab eine Zeit, wo auch in der nationalliberalen Partei die Frage ventiliert wurde, ob die sozialdemokratische Bewegung durch Polizeigesetz eingeschränkt werden soll. Nicht wenige gab es, die nach dem alten Sozialistengesetz riefen. Der Reichszentraler war aber dieser Politik nicht geneigt. Das wird ihm einst als Verdienst angeschrieben werden. Er hat dem berechtigten Gedanken Ausdruck gegeben: Ich habe nicht viel von einer nervösen Gesetzmacherei. Ich glaube, daß dieser Gedanke immer mehr auch in unjeren Reihen Platz greift, und daß man immer mehr zu der Ueberzeugung kommt, daß kein anderes Mittel zu finden ist, die Arbeitermassen zu gewinnen, als durch eine christliche liberale soziale Politik. Die Arbeiter wollen Gleichberechtigung haben. Wo der geringste Versuch sich geltend macht, das Koalitionsrecht anzutasten, wird der Arbeiter empfindlich. Mit Recht steht die nationalliberale Partei auf dem Standpunkt, daß dieses Recht das höchste Gut des industriellen Arbeiters ist, sein bestes Kampfmittel, das wir ihm nicht nehmen dürfen. Dieses Recht muß in freierheitlichem Sinne ausgestaltet werden. Diese Haltung hat die Partei auch in der abgelaufenen Zeit angenommen in der Frage des Reichsvereinsgesetzes und des Gesetzes über die Berufsvereine. Mit Recht ist dem Grafen Potjomski der Entwurf über die Berufsvereine zerlegt vor die Füße geworfen worden. Bei der Frage der Arbeitskammern hat die Partei dieselben Gesichtspunkte wahren lassen, nämlich die der Gleichberechtigung der Arbeiter. Man mag über Tarifverträge denken, wie man will. Sie mögen für manche Industrien nicht passen, aber darüber kann keinen Augenblick ein Zweifel bestehen, daß ihnen die Zukunft gehört. Das zeigt ein einfacher Blick auf die Statistik. Immer stärker macht sich das Hervortreten der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung bemerkbar, die wir nicht mehr ignorieren dürfen. Wir sind verpflichtet, ihre Förderung ausdehnen zu lassen, weil sie in den Kämpfen der künftigen Jahre eine immer größere Rolle spielen wird.“

Das wären an und für sich ja recht erfreuliche Töne, die uns hier entgegenklingen. Vor allem strittige Anerkennung des Koalitionsrechtes, freihheitliche Ausgestaltung desselben, Gleichberechtigung der Arbeiter in den Arbeitskammern und beim Abschluß von Tarifverträgen, das sind alles elementare Anforderungen der Arbeiter, die Bassermann hier vertritt, die aber bei sehr vielen Parteigenossen Bassermanns bisher auf den allerschärfsten Widerspruch gestoßen sind.

Es kann insbesondere für die Arbeiter der Großen Eisenindustrie wertvoll sein, wenn sich die nationalliberale Partei mehr wie bisher mit der Arbeiterbewegung abzufinden sucht. Das betonte auf dem Berliner Kongress Kollege Wieber mit Bezug auf die Äußerungen des Herrn Abg. Schwabach, der als Vertreter der nationalliberalen Partei die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiter zu unterstützen versprochen hat. Diesen Wechsel werden die christlichen Arbeiter zu gegebener Zeit präsentieren, denn edle Worte sind genug gewechselt, die Arbeiter wollen Taten sehen.

Sitz Berlin und Oberschlesien.

Im Berliner „Arbeiter“ Nr. 44 wird analog dem Verhalten der Berliner Facharbeiter auf dem Kongress — noch einmal ausgiebige Kritik an dem Referat des Kollegen Wieber geübt. Die weltbekannten traurigen Zustände in Oberschlesien werden zu beschönigen versucht und dem Referenten Uebertreibungen vorgeworfen. Nimmt sich ein solcher Versuch in einem Organ, das angeblich Arbeiterinteressen vertreten will, schon ohne weiteres sonderbar aus, so muß die Art der Polemik des „Arbeiter“ noch mehr frappieren. Aber auch nicht eine einzige der von Wieber mitgeteilten Tatsachen kann von den Berlinern sachlich und zahlenmäßig widerlegt werden, man operiert nur mit all gemeiner nichtsagenden Redensarten.

Die Behauptung unserer Berliner „Freunde“, die Ausführungen Wiebers betreff Oberschlesien seien „mehr agitatorischen wie sachlichen Motiven entsprossen“, muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Wer den Artikel des Berliner „Arbeiter“ durchliest, wird viel eher zu der Annahme gelangen müssen, daß diese Beschönigungsversuche der Facharbeiter einen agitatorischen Zweck verfolgen sollen; man will sich anscheinend bei dem schließlichen Gruben- und Hüttenbaronen eintäufeln und die Hand machen.

Auf dem Gebiet wollen wir den Facharbeitern allerdings keine Konkurrenz machen.

Dem hier angebeuteten Ziel der Facharbeitungen mag auch wohl ihre Haltung zu den gelben Gewerkschaften entgegen sein. Während nämlich die Resolution gegen die Verben von allen übrigen Organisationen einstimmig angenommen wurde, enthielten sich die 58 Vertreter von Sitz Berlin geschloffen der Abstimmung, wie man munkeln hörte, auf Beschäftigung ihrer Protektoren und Dirigenten hinter den Kulissen. Damit haben die Facharbeiter ihre Verwandt-

Wie unvorsichtig es vom Berliner „Arbeiter“ ist, dem Kollegen wieder Uebertretung vorzuwerfen, hätten ihm doch die Ausführungen seines eigenen Arbeitersekretärs M u j o l zeigen müssen. Dieser Antiführer redete nämlich von Oberschlesien in einer solch rabiaten Tonart, daß die Darlegungen Wiewers dagegen noch sanftes Geflüster waren. Die meisten Kongreßteilnehmer glaubten anfangs, viel eher einem verirrten Anarchopozi vor sich zu haben, und waren ganz blass, als dieser Rabulastisch sich schließlich als ein mit Berliner Antiführer gefärbter Facharbeiter entpuppte, der zum Schrecken seiner Gönner und Freunde noch zum Schluß wörtlich erklärte, er habe sein Heimatland Oberschlesien beschmußt, aber die Wahrheit müsse gesagt werden.

Warum mag wohl der „Arbeiter“ (Sitz Berlin) die überschleischen Zustände nicht gegen diesen Redner in Schutz nehmen? Die Antwort auf diese Frage wird uns Sitz Berlin schuldig bleiben, sie liegt aber handgreiflich nahe. Die überschleischen Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter aber werden es sich merken, wie das Organ der Fachabteilungen in dieser Frage wieder gehandelt, wie es nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Großindustriellen in Schutz genommen hat in einer so bedeutungsvollen Frage, wie es der Arbeiterschutz in der Großindustrie ist. Die wichtigste Aufgabe scheint bei diesen Leuten darin zu bestehen, den energischen Vertretern der Arbeiterinteressen zur Freude des Unternehmertums in den Arm zu fallen. Daher heißt es bei den denkenden Arbeitern: Fort mit solchen Gebliden, hinein in die wirklichen Arbeiterorganisationen, in die christlichen Gewerkschaften!

Ausperrungsbunt

Der schwerer Kampf ist dem christlichen Schuh- und Lederarbeiterverband in Hauenstein (Rheinpfalz) aufgezwungen. Ohne stichhaltigen Grund haben die dortigen Lederfabrikanten am 27. Oktober ihre Arbeiter rücksichtslos ausgesperrt. Dieser brutale Akt hat bei der Gesamt-Arbeiterchaft, als auch in weiten Kreisen der übrigen Bevölkerungsschichten die größte Entrüstung hervorgerufen, und zwar darum, weil ein Aussperrungsobjekt garnicht mehr vorhanden ist. Sogar das Fabrikantenorgan „Der Schuhmacher“, der nicht im besonderen Ruße der Arbeiterfreundlichkeit steht, tabelt das Vorgehen der Hauensteiner Fabrikanten durch folgende Notiz:

„Wir kennen nicht alle Gründe, welche den Hauensteiner Fabrikantenverein zu seinem obigen Beschluß veranlaßt haben, aber wir glauben, nimmermehr, daß der Verein gut beraten war, als er diesen Beschluß faßte. Die Forderung der Arbeiter auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit rechtfertigte an sich schon keine schroffe Zurückweisung. Nachdem aber die Forderung bedingungslos (!!! D. Red.) zurückgezogen ist, wird die dennoch erfolgende Aussperrung nirgends Billigung finden und bei den Arbeitern Erbitterung zeitigen. Wir hoffen deshalb, daß diese Maßregel ungeäuert aufgehoben wird.“

Bemerkenswert ist, daß das Sozialistenblatt „Pfälzer Post“ den Unternehmern in die Hände zu arbeiten scheint. Ohne jeden Grund richtet es die schwersten Angriffe gegen die christliche Organisation und sucht Verwirrung unter den Aussperrten anzurichten. Und das nennt sich „Arbeitervertretung.“

Streits und Lohnbewegungen.

Ein frivoler Vernichtungskampf

Ist gegen unjern Verband von der Ortsverwaltung Bielefeld des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes inszeniert, wie schon in früheren Nummern berichtet. Unter der geheimen Parole: „Die Christlichen müssen aus Bielefeld hinaus“ arbeiten die Genossen mit den verwerflichsten Mitteln um ihr Ziel zu erreichen. Zuerst wurde der Firma Görde mit Boykott ihrer Fabrikate gedroht. Als das wirkungslos blieb, wurde eine Maßregelung jingiert und ein sogenannter „Streik“ in der frivollsten Weise vom Zaun gebrochen, um die Firma gezwungen zu machen, d. h. die Entlassung der christlichen Arbeiter erzwingen zu können. Doch alles war vergebens. Jetzt gehen die roten Terrorismushelden schon zu Tätlichkeiten über, da es ihnen mit anständigen Waffen des Geistes unmöglich ist, ihr verwerfliches Ziel zu erreichen. Unser örtlicher Vorsitzender, Kollege Behmeyer, ist am Abend des 6. Oktober auf dem Nachhausewege von Anhängern sogenannter „Brüderlichkeit“ überfallen und aufs schwerste mißhandelt worden. Dann verfolgte der rote Fanalge - etwa 5-600 Sozialisten, darunter auch Weiber - den Mißhandelten bis an seine Wohnung und warfen unter Hohn und Schreien sämtliche Fensterscheiben ein. Die Familie des Verfolgten mußte sich in abgelegene Räume flüchten, um weiteren Verletzungen zu entgehen. Der wiederholte Hinweis auf die genaue Adresse des Kollegen Behmeyer in einem roten Flugblatt hat seinen Zweck also vollständig erreicht, wie diese Exzesse beweisen. Ebenso sind schon mehrere andere christliche Arbeiter, wie auch der Vorsitz der Firma, von zukunftsstaatlichen Kaufholden überfallen und mißhandelt worden. Das ist die Frucht der systematischen Verhöhnung und zukunftsstaatlichen Erziehung, wie sie von den sozialdemokratischen Sub-

tern betrieben wird. Sie sind für die Rohetten und Exzesse ihrer Anhänger vollinhaltlich verantwortlich zu machen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde auch ein Flugblatt verbreitet, worin die gewagtesten Behauptungen und plumpsten Unwahrheiten aufgetischt werden, um das Vorgehen der Sozialdemokraten zu rechtfertigen und die Christlichen als „Arbeiterverräter“ und „Unternehmerjüdlinge“ zu verächtigen. Die rote Presse wird von Wajchzetteln überschwemmt, die in ähnlichem Sinn und Ton gehalten sind. Darin wird die Angelegenheit so dargestellt, als ob an der Schuld der Christlichen auf der einen und an dem vollen Recht der „Genossen“ auf der anderen Seite auch nicht der leiseste Zweifel vorhanden sein könnte.

Wie es jedoch in Wirklichkeit mit der Berechtigung der ganzen Heße, insbesondere mit dem frivolen Weise vom Zaun gebrochenen Streik bei der Firma Görde bestellt ist, ergeht deutlich aus folgender Tatsache. In den letzten Tagen wandte sich der Bezirksleiter Spiegel aus Düsseldorf vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband an die Firma Görde mit der Anfrage, ob sie bereit wäre, ihn zu empfangen. Er wolle sich angeblich Aufklärung über den Sachverhalt verschaffen, um wahrheitsgemäß an die Zentralstelle des Verbandes in Stuttgart berichten zu können.

Während die Öffentlichkeit von den Bielefelder Metallgenossen mit Nachrichten überschwemmt wird, worin das einwandfreie Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes und der „Arbeiterverräter der Christlichen“ als unzweifelhaft feststehend ausposaunt wird, traut die Bezirksleitung des freien Verbandes diesen Sirenenesängen ihrer eigenen Anhänger selbst nicht, sondern will sich beim Fabrikanten Informationen holen, um an die Zentrale berichten zu können. Es ist kaum zu bezweifeln, daß dieses alles nur Humbug ist, denn die sozialdemokratische Bezirksleitung wird über die Angelegenheit ebenso gut unterrichtet sein wie die örtliche Leitung in Bielefeld. Aber der ganze Heßfeldzug jagt den Obergenossen jetzt selbst Angst und Furcht ein, sie sehen, was sie angezettelt haben, und so suchen sie Anknüpfungspunkte, um sich noch einigermaßen glimpflich aus der Schlinge zu ziehen.

Das allein kennzeichnet die Handlungsweise der Bielefelder Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Verbandes zur Genüge, wo Reichstagsabgeordneter Gebering an der Spitze steht. Uebrigens würde es uns freuen, wenn bei objektiver Prüfung der Angelegenheit der kalte Wasserstrahl von Stuttgart nicht ausbleibt und der frivole vom Zaun gebrochene Kampf gegen die christlichen Arbeiter eingestellt wird. Denn der freie Verband wird doch einsehen lernen, daß er mit solchen verwerflichen, direkt arbeiterschädigenden Machinationen weder seinem eigenen noch dem Interesse der Arbeiter dienen kann.

Die Niederlage bei dem „Streik“ bei Görde, der sich einzig und allein gegen den christlichen Metallarbeiterverband richtete, ist schon vollständig besiegt. Etwa 90 rote Genossen ließen sich in den Streik begeben, und mehr wie zwei Drittel dieser Zahl stehen heute an deren Stelle. Der Betrieb hat keine wesentliche Störung erlitten. Aber die Allein- und Gewalt Herrschaft der Genossen ist gebrochen, ziemlich unjanst werden sie zu der Erkenntnis kommen, daß auch noch andere Leute als gestempelte Sozialdemokraten in Bielefeld ein Recht auf Arbeit haben und daß die christlichen Arbeiter dieses Recht zu verteidigen wissen.

Die Absicht der Heße gegen die christlichen Metallarbeiter kann mithin jetzt schon als vollkommen mißlungen betrachtet werden. Die Geheim-Parole: „Die Christlichen müssen aus Bielefeld hinaus“ wird ein frommer Wunsch der unbuldsamen Genossen bleiben. Ihre verwerfliche Absicht wird zum Teil noch ins Gegenteil umschlagen, sind doch bis jetzt schon eine größere Anzahl Uebertreter aus dem sozialdemokratischen in den christlichen Verband zu verzeichnen, der in den letzten Wochen in dem genannten Ort um mehrere Hundert Mitglieder angewachsen ist.

Jetzt erst recht werden die christlichen Arbeiter an ihrer Sache unverbrüchlich festhalten, um den ihnen von roten Terroristen aufgezwungenen Kampf siegreich zu bestehen und den christlichen Metallarbeiterverband nach innen und außen zu stärken und auszubauen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen in jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Ahlen. Bei der Firma Gebr. Seiler (Stanz- u. Emailierwerke) stehen die Stanz- und Schlosser in einer Lohnbewegung.

Bodolt. In der Gerbfabrik der Firma J. B. Klinghorst sind Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Kollegen stehen im Streik.

Düren. In Nalendorf sind bei der Firma Zimmermann in der Kornerlei Lohnbewegungen ausgebrochen.

Cottbus. Die Arbeiter der Firma Sammetlage stehen im Streik.

Csnabrück. Bei der Gasuhrfabrik Kromschöder stehen die Arbeiter im Streik.

Hempdichterath (Pröbital). Bei der Firma Gebr. W. Bach, Möbel- und Beschlägefabrik, sind die organisierten Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt.

Friedenthal (Elegkreis). Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Solingen, sind sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt.

Oberstein. Hier sind sämtliche organisierte Emailmetallarbeiter ausgesperrt.

Vünen. Bei der Firma Gottfr. Dultmann stehen die Arbeiter im Streik. Klempner, Schlosser usw. fernhalten.

Eingen. Ueber die Fittingswerke ist die Sperre verhängt.

Krefeld. Die hiesigen Elektromonteur sind in eine Lohnbewegung getreten.

Waghütte-Gaidhof. Infolge Lohn Differenzen ist auf der hiesigen Hütte ein Streik ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Die Gerichtsverhandlung hat noch nicht stattgefunden. Wir eruchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 17. November der liebenundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 24. November 1907 fällig.

Die Aufnahmegebühren von den dem Verbande beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind von jetzt ab genau ausgefüllt, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit einzubringen. Die Kassierer mögen dieses von jetzt ab besonders beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Diesigen Ortsgruppen, welche die Abrechnung vom 3. Quartal noch nicht eingelandt haben, werden nochmals ersucht, sofort abzurechnen. Wo bis zum 1. Dezember die Abrechnung noch nicht eingelandt worden ist, wird die Anweisung zur Unterstützungsauszahlung und die Zusendung von Zeitungen und Material eingestellt. Es sollte keine Ortsgruppe mehr geben, die jetzt noch mit der Abrechnung im Rückstande ist, wo es noch der Fall, ist es ein Beweis, daß die Beitragszahlung und die Verwaltung eine mangelhafte ist.

Aus dem Verbandsgebiet.

Hörde. Als den Sieg aller Rüksichtslosigkeit kann man in hiesiger Gegend ruhig unser Hörde bezeichnen; und zwar findet man diese Rüksichtslosigkeit nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Arbeitgeber. Letztere offenbaren dieselbe dadurch, daß sie Arbeiter, die sich im Verband betätigen, entweder kurzerhand auf die Straße setzen oder dergleichen drangsalieren, (an schlecht entlohnte Arbeit setzen usw.), daß sie freiwillig gehen müssen.

So wurde u. a. auf dem Phönix (vormals Hörde Bergwerks- und Hüttenverein) vor kurzem ein Kollege entlassen, weil er - nun - weil er eine öffentliche Versammlung der Polizei angemeldet hatte. Ein anderer wurde vor die Wahl gestellt: „Entweder du trittst aus dem Verband aus oder du wirst gekündigt. Leider zog dieser Kollege vor, auszutreten. Einem dritten wurde der wohlmeinendste Rat erteilt, sich nur ja nicht im Verbandsgebiet zu betätigen, er sonst die Folgen zu tragen hätte. Weiter wurde ein Arbeiter gekündigt, und, nach der Ursache befragt, gab ihm der Betriebsführer zur Antwort: er sei dem Vorarbeiter in drohender Haltung entgegengetreten. Seine Mitarbeiter behaupten jedoch freizig und fest, er sei entlassen worden, weil er der Schwager des Vorsitzenden ist.

Man greift aber auch noch zu andern Mitteln und Mitteln. Haben mal die Heingelmannchen für unsere Versammlungen Flugblätter angelebt, wird flugs der Vorsitzende zum Polizeibureau beschieden, um Auskunft über die Mittel zu geben. Da nun aber, wie gesagt, Heingelmannchen die Sache besorgen, verkauft diese Aktion jedesmal im Sande. Werden an den Fabrikanten Flugblätter verteilt, dann sind es Werkbeamte, die die Arbeiter von

nehmen der Flugblätter abhalten. Insbesondere tut sich hierin der Betriebsführer Harr hervor. Trotz der vielen Erfahrungen (richtiger gesagt: Beschränkungen durch den Zettelverteiler) die er dabei gemacht, konnte er es nicht unterlassen, die in der Nähe des Tores an Mauern und Säulen angeklebten Flugblätter abzuhaken. Sein Helfer war der Schlossermeister Veyer. Dieserhalb fand nach einigen Tagen wiederum eine öffentliche Betriebsversammlung für die Hochsenarbeiter statt, und hat Herr Harr diesmal nichts mehr von sich hören lassen. Hoffentlich ist er kuriert.

Das Beispiel der höheren Verwaltungsbeamten auf die unteren Organe seinen Eindruck nicht verfehlt, liegt klar auf der Hand, und so suchen sich diese förmlich zu überbieten in der Schikanierung der organisierten Arbeiter. Freilich, die Herren haben allen Grund, den Organisationsgedanken von den Arbeitern fernzuhalten, denn die Mißstände liegen hier in den einzelnen Betrieben bergeshoch. Behandlung, hygienische und sanitäre Einrichtungen wollen wir uns für später vorbehalten.

Das Angeführte dürfte zur Genüge die Situation kennzeichnen und die Arbeiterschaft zur Einsicht bringen, daß nur durch den Zusammenschluß im Verband ein Besserung herbeigeführt werden kann. Gerade die schroffe, schneidig-herliche Vorgehen mancher Verwaltungsbeamten bringt die Arbeiterschaft immer mehr zur Erkenntnis, daß der einzelne alleinstehende Arbeiter nichts mehr zu bedeuten hat, daß er nur ein Spielball in der Hand der Arbeitgeber ist, und daß er sich der großen Masse, dem Verbande, anschließen muß, wenn er seine Rechte als Mensch unter Menschen dem Arbeitgeber gegenüber vertreten will.

Darum, Kollegen von Görde: Arbeitet unermüdblich an der Ausbreitung unseres Verbandes, denn: Vereinte Kraft nur Großes schafft. „Furchtlos und beharrlich“ sei unsere Losung, denn weder auch in dem rückständigen Görde ein Umschwung zum Besseren eintreten.

Dresden. Aus Sachsens Hauptstadt, der roten Hochburg, müssen wir auch noch einmal etwas von uns im Organ verlauten lassen. Unsere Bewegung hat hier einen besonders schweren Stand. Neben der sozialdemokratischen Uebermacht haben wir jetzt auch noch das gelbe Fieber als schlimmsten Gegner hier bekommen, so daß hier jetzt alle Schattierungen vertreten sind. Leider sind unsere Kollegen den vielen Hindernissen und Gegnern gegenüber nicht alle eifrig genug auf ihrem Posten. In einer öffentlichen Versammlung, in der unser Bezirksleiter Kollege Winterberlin referierte, fehlten sogar noch eine Anzahl unserer älteren Mitglieder. Allen Kollegen ohne Ausnahme möchten wir daher an dieser Stelle eindringlich ans Herz legen, sich mehr wie bisher für die Weiterentwicklung unserer Ortsgruppe zu interessieren. Die Arbeit, insbesondere die Agitation, darf nicht auf den Schultern einiger Kollegen ruhen, sondern hier müssen alle mitarbeiten, jeder muß sich verantwortlich fühlen. Und wenn alle rührig und beharrlich mitwirken, werden wir auch in der nächsten Residenz noch Fortschritte erzielen können.

Magdeburg. „Der 2. Deutsche Arbeit-Kongress“ so lautete das Thema in der am Freitag, dem 25. Oktober, vom christlichen Gewerkschaftskartell nach dem großen Saale der „Freundschaft“ einberufenen öffentlichen Versammlung. Als Redner hierzu waren gewonnen die Kollegen Klost-Essen und Girsch-Duisburg. Als erster Redner gab letzterer ein klares Bild von den Verhandlungen des Kongresses. Zu den schon in Frankfurt aufgestellten Forderungen, von denen leider noch keine erfüllt sei, habe man neue Forderungen, so den Schutz für die in der schweren Eisen- und Walzwerkindustrie beschäftigten Arbeiter, ferner die Sonntagsruhe, die Arbeiterinnenfrage und die Arbeitszeitverkürzung, Einführung der Verhältniswahl hinzugefügt. Man könne und müsse verlangen, daß diesen gewiß berechtigten Forderungen der Arbeiter von Seiten der Regierung Rechnung getragen werde.

Kollege Klost wies eingangs seiner Ausführungen darauf hin, daß er sich infolge anders lautender Berichte zunächst gezwungen sehe, festzustellen, daß auf dem Berliner Kongress durch 338 Delegierte über eine Million Mitglieder vertreten waren, und daß an dieser Zahl nicht gerüttelt und gebeutelt werden könne. Etwas pessimistisch habe man nicht nur in Arbeiter- sondern auch in anderen Kreisen dem Frankfurter Kongress entgegen gesehen. Große Schwierigkeiten seien hierbei zu überwinden gewesen. Aber der Erfolg sei ein durchschlagender gewesen. Wenn auch die Gesetzgebung gegenüber den damals aufgestellten Forderungen fast völlig versagt habe, so seien doch die Mitgliederzahlen der an dem Kongress teilgenommenen Organisationen gewaltig gestiegen und eine Vertiefung des idealen Gedankens der christlich-nationalen Arbeiterbewegung allenthalben zu konstatieren. Daß man auf diese Bewegung Rücksicht nehmen muß, das habe sowohl die starke Vertretung der Regierung, als auch die Vertretung sämtlicher bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der freisinnigen bewiesen. Daß die nationalliberale Partei einen Vertreter entsandt habe, hätte man früher für unmöglich gehalten. Der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg habe denn auch gleich am ersten Tage Gelegenheit genommen, eine sozialpolitische Propaganda zu halten. Die christlich-nationale Arbeiterschaft wolle aber endlich auch Taten sehen. Dann erörterte Redner die auf dem Kongress aufgetauchte Frage bezüglich der Girsch-Dunderschen Gewerkschaft und behandelte eingehend die vom Kongress gefaßten Beschlüsse.

In der Debatte kam es zu schweren Zusammenstößen mit den anwesenden Girsch-Dunderschen. Ihr erster Diskussionsredner Münz beuete mit einem Aufwande von Pathos, daß er stolz sei, Mitglied der deutschen Gewerkschaften zu sein. Die Sozialisten kämen mit ihrer Weltanschauung, die Christlichen mit ihrer, sie, die S-D dagegen wären religiös und politisch vollständig neutral. Er schloß dann noch von allem Möglichen und Unmöglichen. Der Professor Sombart als Kronzeugen an, pries noch ein zweites Mal die Neutralität der Girsch-Dunderschen an, bezeichnete die „christlichen“ als Zentrumsgewerkschaften, denen kein überzeugter evangelischer Kollege angehören könne. Nur dem Einflusse der Zentrumspartei hätten die christlichen Gewerkschaften es zu danken, daß sie so viele Mitglieder haben.

Hätte schon dieser Konfusionsrat die Würde der Resonanz auf eine kurze Probe gestellt, so sollte es noch

besser kommen. Der folgende Redner, Girsch-Dunderscher Beamter Wäntner bedauerte vorerst, daß durch die Angriffe des Referenten auf seine Gewerkschaft das harmonische Verhältnis zwischen den Girsch-Dunderschen und Christlichen zerstört worden sei. Bisher sei immer nur von zwei Weltanschauungen geredet worden. Der sozialistischen und der christlichen. Er lenkte aber noch eine dritte, die nach seinem Dafürhalten die Richtige sei, und das sei die liberale Weltanschauung (Allgem. Gelächter). Mit ernster Miene erklärte er, daß, wenn die Versammlung davon noch nichts wüßte, er nichts dafür könnte. Er erläuterte nun die Begriffe von den verschiedenen Weltanschauungen. Nichts sei vollkommen auf dieser Welt. Diese Entwicklung aber zur Vollkommenheit zu führen, das sei seine, die liberale Weltanschauung. In seinen weiteren Ausführungen wußte er dann die Sache von der Person nicht mehr zu trennen, was ihm von Seiten der Versammlung energische Rufe „zur Sache“ eintrug. Der gute Mann hatte sich derartig in seine Vorlesung über Weltanschauung festgebissen, zu der er sich ein ganzes Arsenal von Zeitungen und Broschüren mitgebracht hatte, daß er der Aufforderung des Versammlungsleiters, doch endlich mal zur Sache zu sprechen, nicht nachkam. Die Wortentziehung blieb fruchtlos, so daß sich der Vorsitzende genötigt sah, die Versammlung auf 5 Minuten zu vertagen.

Nach Wiedereröffnung lag ein Antrag vor, inAnbetracht der vorgeschrittenen Zeit — es war mittlerweile nachts 1 Uhr geworden — die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken. Nach Annahme dieses Antrages wurde dem Gewerkschaftsbeamten Wäntner wieder das Wort erteilt. Derselbe bedauerte lebhaft, daß er infolge der Vergewaltigung der Redezeit, nicht in der Lage sei, die Versammlung über das wahre Wesen der Girsch-Dunderschen Gewerkschaft aufzuklären. Mit drohend erhobenen Händen klaberte er an, daß er in nächster Zeit eine Versammlung einberufen werde, um über diese Vorvorkommnisse zu referieren, wozu er Herrn Klost einlade, um gründlich mit ihm abzurechnen. Kollege Klost sagte auch sofort zu, allerdings mit der Einschränkung, daß er früh genug benachrichtigt werden müsse.

Hätte schon sowohl Kollege Girsch wie auch Kollege Klost während der Debatte die beiden Girsch-Dunderschen Redner auf das Wiedererinnern ihrer Behauptungen aufmerksam gemacht, und ihnen die Frage vorgelegt, wo denn da die religiöse Neutralität bleibe, wenn z. B. der Regulator die kirchlichen Feiertage in den Rot ziehe oder Erkelenz in seiner Broschüre schreibe, daß schon der Mond von Wittenberg gesagt habe, „Blige nur fest drauf los, es bleibt immer was hängen.“ so stellte Kollege Klost im Schlußwort zunächst fest, daß die beiden Diskussionsredner mit keinem Worte auf den Inhalt seines Referates eingegangen und wahrscheinlich mit der Aussicht gekommen seien, die Versammlung tot zu reden, was ihnen nicht gelungen sei. Mit wuchtigen Worten widerlegte er nochmals kurz den ganzen Girsch-Dunderschen Blödsinn und forderte die Versammlung auf, bei den bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen jeder seine Schuldigkeit zu tun und für unsere Risse zu stimmen, um so schon den Beschlüssen des Kongresses nachzukommen. Mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung wurde dann die Versammlung geschlossen.

Die Girsch-D sind um eine Blamage reicher, während die christlichen Arbeiter Magdeburg mit der Versammlung vollauf zufrieden sein können.

Pottrop. Die am 27. Oktober abgehaltene Monatsversammlung unserer Sektion erfreute sich eines besonders zahlreichen Besuches. Kollege Leuchte-Essen sprach über die Bedeutung des 2. deutschen Arbeiter-Kongresses. Redner bewies zahlenmäßig die Werbetraft der christl.-nat. Arbeiterbewegung, besonders den bedeutenden Fortschritt der christl. Gewerkschaften, sowohl an Mitgliedern, wie an Leistungen und Kaszenbestand. Eine besondere Bedeutung habe der Kongress durch die Programmrede des neuen Ministers für Sozialpolitik erhalten. Hoffentlich sehe die Regierung endlich ein, daß auch Taten den schönen Versprechungen folgen müßten. An den Parlamenten würde es nun liegen, durch Staatshilfe die Wünsche der Arbeiter, besonders der Berg-, Hütten- und Walzwerkarbeiter zu erfüllen.

Durch Selbsthilfe innerhalb der verschiedenen Berufsverbände müssen dann die weiteren Forderungen zur Durchführung gebracht werden. Redner betonte besonders, daß die Regierung infolge der übermächtigen Materialität, das der Referent, Kollege Weber, vorgebracht habe, den Arbeitern der Großindustrie helfen müsse, wenn sie ihrer Pflicht eingedenk sein wolle. Darum hätten die Metallarbeiter der Großindustrie, ganz gleich ob sie in der Eisenindustrie, oder auf Kohlenzechen arbeiteten, aber auch allen Grund, an ihre Pflicht zu denken und durch ihren Beitritt zum christl.-sozialen Metallarbeiterverband den mächtigen Arm der organisierten Selbsthilfe zu benützen, um die gesamte Lebenslage des Arbeiters zu heben. Redner schloß mit einem lebhaften Appell an alle Zechen-Metallarbeiter, durch persönliche Opfer im Dienste der Organisation dahin mitzuarbeiten sämtliche Metallarbeiter dem christl.-sozialen Metallarbeiterverbände zuzuführen.

Der lebhafteste Beifall bezeugte, daß der Referent allen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Verschiedene Kollegen bezeugten durch eine lebhafteste Diskussion ihr Interesse an dem weiteren Ausbau der christl. Gewerkschaften und versprachen, durch eifrige Agitation den letzten Metallarbeiter dem christl. Metallarbeiterverband zuzuführen. Sodann wurde das Urteil des Berggewerbegerichts Essen kritisch beleuchtet, welches Schrotterladen und Sortieren, Schienen abladen und Schleppen als Facharbeit für Zechenschmiede erklärt hätte, demgemäß den Abzug von zusammen 43,20 Mk. als zu Recht erkannt wurde. Dieses Urteil ist für die Zechenschmiede von weittragender Bedeutung. Die Versammlung ist der Ansicht, daß zu solchen Arbeiten keine 3- bis 4-jährige Lehrzeit notwendig sei, demgemäß wohl mal als vorübergehende Arbeit anzusehen sei, niemals aber als regelmäßige Berufsarbeit angesehen werden könnte.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Organisationsbestrebungen der Fördermaschinen besprochen und es auf das lebhafteste bedauert, daß dieselben einen eigenen Verband gegründet haben, was nur eine unnötige Beispaltung bedeute.

Sämtliche Zechen, Maschinen, ebenso auch die Fördermaschinen gehören nicht in einen gesonderten Verband, sondern müssen sich dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband anschließen, dort werden die Interessen der auf den Zechen arbeitenden Metallarbeiter am besten vertreten.

Mit dem Wunsche, daß die Kollegen von Pottrop wie bisher, auch ferner für den Verband arbeiten, wurde die anregend verlaufene Versammlung mit dem Gruß „Gott segne die christliche Arbeit“ geschlossen.

Essen. (Sektion Schlosser und Schmiede im Klein-gewerbe). Unsere kampfburchtobte Zeit zeigt ein mächtiges Vorwärtstreben aller Stände. Wenn auch in manchen Kreisen der Arbeiterschaft ein Vorwärtstreben noch nicht vorhanden ist, so müssen wir dennoch anerkennen, daß die Arbeiter im großen und ganzen es verstanden haben, durch ihre gewerkschaftliche Organisation Einfluß im Wirtschaftsleben zu gewinnen.

Auch die Schlosser und Schmiede in der Großstadt Essen fangen allmählich an aufzuwachen. Wenn wir die Verhältnisse besonders im Fuß- und Wagenschmiedgewerbe betrachten, so noch junge Gesellen bei 11-12stündiger Arbeitszeit für 3 Mk. den ganzen Tag arbeiten müssen und ältere Gesellen einen Lohn von 3,80 bis 4,40 Mk. als Durchschnittslohn erhalten, wo noch Kost und Logis in der Regel beim Meister ist, so kann es uns durchaus nicht wundern wenn sich die Kollegen endlich mal aufraffen und zur Selbsthilfe greifen. Zwar stehen uns noch eine Anzahl Fuß- und Wagenschmiede fern; dieses läßt sich aber nur dann beseitigen, wenn jeder zu uns gehörende Kollege ein ganzer Gewerkschaftler ist, eifrig die Versammlungen besucht, das Verbandsorgan fleißig liest, sowie den unorganisierten Kollegen mit gutem Beispiel voran geht. Unorganisierte Kollegen verweisen oft auf den Schmiedeverband, dieser könne besser wie der christl.-soziale Metallarbeiterverband die Interessen der Fuß- und Wagenschmiede vertreten. Wie traurig es in dem Schmiedeverband bestellt sein muß, beweist eine noch zur Zeit des roten Parteitages abgehaltene öffentliche, vom Schmiedeverband einberufene Versammlung, wo ganze 34 Personen anwesend waren, darunter 9 christlich organisierte. Eine andere öffentliche Versammlung wies nur 14 Personen auf, darunter 5 christliche. Ob die anderen neun wirkliche Schmiede waren, lassen wir dahingestellt. Im übrigen wird der sozialdem. Metallarbeiterverband den Schmiedeverband über kurz oder lang verschlingen.

Es ist genügend bewiesen, daß der christl.-soz. Metallarbeiterverband die Interessen der Fuß- und Wagenschmiede energisch vertritt. Wir verweisen nur auf Düsseldorf, wo unser Verband die Lohnbewegung (Streik) der Fuß- und Wagenschmiede ohne die Mithilfe der Genossen durchführte. Auch für Kunst- und Bauschlosser wäre ein besserer Versammlungsbesuch notwendig, um wenigstens den Neueingetretenen mit gutem Beispiel voranzugehen. Auch die Schlosser haben eine Verbesserung ihrer Verhältnisse noch sehr notwendig. In manchen Werkstätten ist das Ueberstundenmachen an der Tages-Ordnung. Kleiderstraße gibt's in den meisten Werkstätten nicht, oder wo solche vorhanden, hängt man das Zeug am besten nicht herein, um daselbe nicht beschmutzt wieder heraus zu bekommen. Wachsvorrichtungen kennt man in den meisten Werkstätten nicht, denn wo schon mehrere Gesellen beschäftigt sind, wäscht man sich einfach ohne Rücksicht auf Krankheitsübertragungen zu 8-10 Mann in einem Eimer. Manche Gesellen arbeiten in ganz unzulänglichen Räumen, wo Sommer wie Wintertag der Wind durch die Fensterscheiben heult. Bei manchem wird auch noch bei Sturm und Regen auf dem Hofraum gearbeitet; ob man dabei erkrankt oder nicht, danach fragt keiner. So können wir fortfahren aufzuzählen über Löhne, Behandlung und dergleichen.

Kollegen, wollen wir eine bessere Bezahlung für unsere Arbeit, wollen wir geregelte Verhältnisse einführen, dann tut alle bis zum letzten Mann Euer Pflicht in der Organisation. Unsere Sektion ist in diesem Jahre erheblich vorwärts gekommen. Nun aber auch weiter gearbeitet, und nicht eher ruhen und rasten wollen wir, bis wir alle Kollegen Fuß- und Wagenschmiede sowie Bau und Kunstschlosser im Verbande haben. Deshalb, die Schlafmütze herunter und aufgewacht, dann werden wir in der kommenden Zeit unser Ziel auch erreichen.

Rhin. Ehrenfeld. Sonderbare Erfahrungen hat ein Mitglied unserer Zastelle in einem Rhiner Betriebe machen können, wo außer ihm nur unorganisierte beschäftigt waren. Das letztere sei schon vorausgeschickt. Der Lohn ließ weniger zu wünschen übrig, wohl aber die sanitären und andere Einrichtungen. Unregelmäßige Ruhepausen, schlechte Ventilation, schredliche Unordnung — 1/2 Duzend Badewannen lagen immer funtend in dieser Kellerwerkstätte, sobald man immer Gefahr lief, den Hals zu brechen. — Dazu ein systematisches Ueberstunden-system und an die Annehmlichkeiten eines Musterbetriebes mit unorgan. ierten Spektakelredern und ähnliche Leute als Arbeitern. Als unser Kollege eine mehrwöchentliche militärische Übung machen mußte, wurde ihm bei der ersten Lohnzahlung nach der Übung das Krankengeld für die 4 Wochen abgehalten. Auf seine Beschwerde hieß es: Die Krankenkasse verlange das. Seitens der Krankenkasse wurde dem Kollegen jedoch das Gegenteil erklärt, sie verlange das nicht, wohl aber eine Meldung seitens des Arbeitgebers, wenn die Arbeit durch eine Übung beim Militär unterbrochen würde. „Dann hätten wir viel zu tun, wenn wir das alles melden sollen,“ sagte die Firma darauf, mußte jedoch die zurückbehaltenen Beiträge zurückerstatten.

Doch der Kollege sollte noch schönere Erfahrungen machen. Von einem älteren, schon länger bei der Firma beschäftigten Arbeiter nach seinem Lohn gefragt, antwortete er der Wahrheit gemäß und nannte die Höhe seines Lohnes. Darob lange Geichter, denn er als jüngerer Kollege hatte einen höheren Lohn wie der ältere. Als der letztere nun an zu raiponieren fing über Ungerechtigkeit und dergleichen, gab ihm unser Kollege die selbstverständliche Antwort, daß er und seine Mitarbeiter sich mehr um seine Berufsorganisation kümmern solle, dann würden sich angebliche Ungerechtigkeiten schon beseitigen lassen.

Einige Tage darauf wurde der christliche Gewerkschaftler vor die Betriebsleitung zitiert und in ein Kreuzverhör genommen. Da er den Arbeitern die Risse berichte, und sie mit ihrem Lohn unzufrieden gemacht habe. Er sagte auch

der die Wahrheit, was er gefaßt, würde aber bei der darauffolgenden Lohnzahlung entlassen.

Es ist im höchsten Grade verwerflich, daß die älteren Arbeiter, anstatt die ehrliche offene Gesinnung unseres Kollegen anzuerkennen, sich dazu herbeiließen, denselben bei der Firma zu denunzieren, denn eine Denunziation muß hier vorliegen. Besser für dieselben wäre es, dem jungen Kollegen nachzugehen und gleichfalls sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen, dort wahre Solidarität zu lernen und auf Grund ihrer Organisation ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Aber dafür sind diese Leute nicht zu haben, obwohl sie damit prunken wollen, daß sie den katholischen Arbeitervereinen angehören und Ehrenmitglieder des Gesellenvereins sind.

Welche Begriffe diese Leute von der christlichen Gewerkschaftsbewegung haben, geht daraus hervor, daß einer, als unser Kollege ihn darauf aufmerksam machte, daß es seine Pflicht sei, als Arbeitervereinsmitglied sich auch der christlichen Gewerkschaft anzuschließen, antwortete: „die Prinzipien der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind nicht zu vereinbaren mit der christlichen Weltanschauung.“ Solch ein Konfusionsrat glaubt aber wahrscheinlich, daß Denunzieren eines organisierten Arbeiters sich wohl mit der christlichen Lehre vereinbaren lasse. Solche Ausscholungen können wahrlich auch keinen konfessionellen Verein zur Fierde gereichen. Wenn die christlichen Arbeiter viele solcher Elemente in ihren Reihen hätten, dann aber christlich-nationale Arbeiterbewegung. Gott sei Dank ist das nicht so und jeder pflichtbewusste christlich gesinnte Arbeiter wird neben seiner Zugehörigkeit zum konfessionellen Verein auch Mitglied der christlichen Gewerkschaften sein, wenn er seine Zeit richtig erlaunt hat.

(Anmerkung der Redaktion: Warum wird in diesem Bericht der Name der betr. Firma nicht genannt? Dann werden unsere Kölner Kollegen doch hoffentlich die Namen der betr. Ausscholungen dem in Betracht kommenden katholischen Arbeiterverein mitgeteilt haben, damit ihnen dort eine Vorlesung über Arbeiter-Solidarität und Kollegialität gehalten werden kann. Und wenn sie auch — wie viele ungezählte andere — nicht zum Eintritt in die Gewerkschaft zu bewegen sind, dann werden sie doch vielleicht das eine lernen, daß die Prinzipien der christlichen Gewerkschaften viel eher mit der christlichen Weltanschauung zu vereinbaren sind, wie eine schäbige Denunziation. Wenn sie das aber partout nicht lernen wollen, gehören sie u. G. auch nicht in einem konfessionellen Arbeiterverein.)

Kupferdreh. Wohl an wenigen Orten in unserem weiten deutschen Vaterlande sind die Arbeiter so schlecht für die Organisation zu gewinnen als hier. Besonders gilt dieses von den hiesigen Metallarbeitern. Vor einigen Jahren besaßen wir eine blühende Ortsgruppe, doch diese ging bald wieder ein. Einestheils waren persönliche Stürkereien schuld, andernteils ging sie ein, weil die hiesigen Metallarbeiter noch nicht reif waren für den Gewerkschaftsgebanten. Erst kürzlich wurde sich jetzt unter den Metallarbeitern wieder ein neuer Geist bemerkbar. Es ist auch hohe Zeit! Zustände haben sich hier in der Metallindustrie eingebürgert, wie sie wohl in ganz Deutschland mit der Laterne zu suchen sind.

Seute wollen wir einmal die Mißstände beleuchten, unter denen die Schloffer der Zementfabrik von Rarius und Bender zu leiden haben. Die Löhne für Schloffer bei genannter Firma schwanken zwischen 3,50—4,80 Mk. Wer nur eine blasse Ahnung hat von der Arbeit, die ein Reparaturschloffer auf solch einem Werke verrichten muß, der sagt sich, daß diese Entlohnung nicht hinreichend ist. Das Arbeitszeug dieser Leute sieht Montags mittags fast noch schmutziger aus, als das anderer Arbeiter am Samstag Abend. Den Leuten, welche 10 1/2 Stunden täglich arbeiten müssen, werden nur 10 Stunden ausbezahlt! Für Sonntagsarbeit wird nur 25 Prozent Aufschlag bezahlt. Für Lieber- und Nacharbeit wird den Arbeitern nichts vergütet. Ueberstunden kommen so häufig vor, daß die Leute mittags noch nicht bestimmt sagen können, wann sie am Abend nach Hause kommen. Auch in familiärer Hinsicht ist vieles Verbesserungsbedürftig. So wird unter anderen viel darüber geklagt, daß die Badeanstalt sich in einem nicht gerade kühnen Zustande befindet.

Was die Behandlung anbetrifft, ja kann man sagen, sie ist launenhaft. Haben die Herren gut geschlafen, dann ist sie gut, aber wehe, wenn sie schlecht geschlafen! Auch geht es viel nach Günst und Ungünst; vom Meister herab bis auf wenige Arbeiter steht alles in einem verwandtschaftlichen Verhältnis. Daß unter solchen Umständen das Schmarogertum wahre Orgien feiert, ist nicht verwunderlich.

Somit für heute. Kollegen! Arbeiter! Arbeiter von Kupferdreh, wer ist schuld an solchen Zuständen? Nur ihr allein! Ihr habt nicht gesehen, wie andern Orts die Metallarbeiter um ihre heiligsten Menschenrechte gekämpft haben, ihr habt nicht hören wollen, daß schon lange der Ruf durch Deutschlands Gauen geht: schließt euch zusammen zur Bekämpfung eurer heiligsten Interessen. Nur durch Zusammenstoß seid ihr in der Lage, vernünftige Zustände im Arbeitsverhältnis zu schaffen. Leider gibt es unter euch noch zu viele, welche paar Pfennige Beitrag scheuen, bedenkt daß der Arbeiter nun einmal Opfer für seinen Stand bringen muß. Die Unternehmer zahlen gewiß die Beiträge nicht und wenn ihr wartet bis zum St. Annenfesttag.

Kollegen! Arbeiter von Kupferdreh! Herunter mit der Schamose. Fort mit der Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit, dann wird auch für euch die Morgenröte einer besseren Zukunft erbrechen. Ginein in den christlichen Metallarbeiterverband muß unsere Parole sein, dann werden die Mißstände bald beseitigt sein! Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß!

Dagersheim. Als im vorigen Jahre die gemeinsame Aktion zwischen Gewerkschaften und Arbeitervereinen eingeleitet wurde, haben wir uns hier Hoffnungen gemacht, die jedoch keineswegs erfüllt worden sind. In einer Konferenz in Ludwigshafen, wo beide Vereinigungen vertreten waren, sind viele schöne Worte geredet worden, aber dabei ist es auch geblieben. Die damals gewählte Kommission hat vollständig versagt und bis jetzt noch keinen Finger ge-

rührt, um die gegenwärtige Agitation in den Vereinen erfolgreich durchzuführen.

Und doch wäre es nirgends so notwendig wie hier, daß in den konfessionellen Arbeitervereinen die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften propagiert würde. Dagesheim hat einen katholischen Männerverein mit etwa 400 Mitgliedern, von denen zirka 90 Prozent Arbeiter sein dürften. Von diesen sind jedoch nicht weniger wie ein Drittel in sozialdemokratischen Verbänden organisiert, sicher ein deutlicher Beweis, daß vieles faul im Staate Dänemark ist. Von protestantischer Seite gar nicht zu reden, da gibts weder Männer- noch Arbeitervereine und die Arbeiter in diesem Lager sind auf absehbare Zeit für die christliche Bewegung vollständig verloren.

In den katholischen Vereinen aber wäre es endlich einmal an der Zeit, reinen Tisch zu machen. Soll das geschehen, ist es jedoch notwendig, daß sich die vorwärtsstrebenden christlichen Gewerkschaftler alle den konfessionellen Arbeitervereinen anschließen und sich den nötigen Einfluß allmählich dort zu verschaffen wissen. Mit kritisieren und nörgeln allein kann eine Sache nicht gebessert werden, es muß vor allem praktisch gearbeitet und beharrlich dem gesteckten Ziele zugestrebt werden. Das ist nicht in einem Tag und auch nicht in einem Jahr zu erreichen, dazu bedarf es langer und beharrlicher Arbeit. Darum Kollegen! auf zum Kampf gegen Mißmacherei und Rückschritt, für Klarheit und Fortschritt.

St. Jünger (Pfalz). Eine zahlreich besuchte christlich-nationale Arbeiterversammlung fand hier im Cafe Becker am 20. Oktober statt, welche vom christlich-sozialen Metallarbeiterverband einberufen war. Gewerkschaftssekretär Peter Bäder von unserem Verbände referierte in einem fünfviertelstündigen Rede über das Thema: „Warum sollen sich die evangelischen und katholischen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften anschließen.“ Kollege Bäder führte aus: Wenn die Einigkeit die einzelne Berufsstände stark gemacht habe zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen, so könne auch der Lohnarbeiterstand nur durch die Einigkeit seiner Standesangehörigen stark werden und seine wirtschaftlichen Interessen fördern. Redner legte an der Hand von zahlreichen Material dar, daß aus wirtschaftlichen und nationalen Gründen die christlich und national gesinnte Arbeiter sich nicht den sozialdemokratischen Gewerkschaften anschließen könnten; deshalb seien die christlich-nationalen Gewerkschaften gegründet worden.

Es sei entschieden zurückzuweisen, wenn man die Einigkeit der christlich nationalen Arbeiterschaft zu sprengen suche. — Die in Dassel (Pfalz) stattgefundene Versammlung des evangelischen Arbeitervereins, in welcher der Knappschäftssekretär Alt von dem St. Jüngerer Eisenwerk ein Referat über: „Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften“ gehalten hat, sei dazu angetan gewesen, die christliche Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiete zu zersplittern. Dies bewiesen die Neuzerungen, welche seitens des Herrn Alt und des evangelischen Pfarrers Müller aus Kinkel gegen die christlichen Gewerkschaften und den Pfarrer Schwaner gehalten sind. Redner wies jene Angriffe zurück, welche laut St. Jüngerer Anzeiger, in der die Frage kommende Versammlung erhoben wurden. Besonders den Vorwurf, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrums-gewerkschaften, nicht loyal und unchristlich seien. Kollege Bäder nannte eine Reihe evangelischer hervorragender Sozialpolitiker, darunter auch Geistliche, welche die christlichen Gewerkschaften förderten und sich schon des öfteren öffentlich für die christliche Gewerkschaften ausgesprochen hätten. Es sollten sich deshalb die evangelischen Arbeiter nicht irren lassen von Parteiannatieren, denen es nur um politische Geschäfte zu tun sei. Mit einem warmem Appell an die Versammlung, weiter zu arbeiten im Sinne der christlichen Gewerkschaften, zum Wohle des Arbeiterstandes und des Vaterlandes, schloß Kollege Bäder seine Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere evangelische Arbeiter, die sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und ihre evangelischen Kollegen auf-forderten, den christlichen Gewerkschaften treu zu bleiben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 20. Oktober in St. Jünger im Lokale Becker tagende, gut besuchte christlich-nationale Arbeiter- und Gewerkschaftsversammlung, erklärt sich mit den Ausführungen des Gewerkschaftssekretärs Peter Bäder vom christlich-sozialen Metallarbeiterverbande einverstanden. Mit Ent-rüstung nimmt die Versammlung Kenntnis von den Ver-dächtigungen, welche in der evangelischen Arbeitervereins-versammlung in Dassel laut „St. Jünger. Anz.“ (Nr. 228 vom 1. Okt. 1907) von Herrn Friedrich Alt und dem Herrn evangelischen Pfarrer Müller-Kinkel ausgesprochen worden sind. Da diese Aussagen jeder Grundlage ent-behren, protestiert die Versammlung entschieden dagegen und fordert alle evangelischen und katholischen Arbeiter auf, sich durch betätigte Machinationen von Parteiannatieren nicht irren lassen zu lassen, sondern fest und treu zu den christlichen Gewerkschaften zu halten, welche fest halten an ihren alten Grundrissen bezüglich der poli-tischen Neutralität und der Interkonfessionalität.“

Das ist eine deutliche Antwort auf die Zersplitterungs-berufende jener Leute, die die Arbeiter gegeneinander hetzen und bei dieser traurigen Arbeit ihre Parteiuppe hoch-möchten.

Briefkasten der Redaktion.

Kollege E., Diedenhojen. Die Angelegenheit Au-mach-Friede wurde schon in letzter Nummer behandelt, wie Du gesehen hast. — Kollege B., Siegen. Besten Dank für die Zusendung, wollen aber von der Veröffentlichung Abstand nehmen. Diesen Leuten darf man nicht allzuviel Ehre erweisen. — Nach Düsseldorf. Laß den Keinen billigen Köter nur lässeln. Auf jeden läppischen Antwort zu antworten, war dem Blättchen zu viel Ehre angetan; nur wenn's allzu frech wird, gibts einen drauf. Der Ju-halt desselben wird unter der neuen Redaktion übrigens mit jeder Kr. trostlos und wie man flüstern hört, wird es bald ausgelassen haben — auch ohne unser besonderes Zu-

tun. — Kollege E., Mannheim. War so wie so nicht aufgenommen worden. Wir können im Organ doch nicht jeder gerostenen roten Säule einen Nachruf widmen. — An Verschiedene: Mehrere Einwendungen waren wieder auf beiden Seiten des Papiers beschrieben. Wie oft soll es denn noch wiederholt werden, daß bei Einwendungen für's Organ nur eine Seite beschrieben werden darf.

Sterbetafel.

Uindlar. Am 28. Oktober starb unser Kollege Johann Kämmerich im Alter von 21 Jahren an Lungen-krankheit.

Dülmen. Unser Kollege Johann Albenhoff starb am 31. Oktober im jugendlichen Alter von 26 Jahren infolge eines Betriebsunfalles.

Ehre ihrem Andenken!

Aufforderung.

Das Mitglied Adalbert Vogl, Buchnummer 61125, zuletzt in Hamburg, wird ersucht seine Adresse an Wth. Kmiatowski, Hamburg, Düppelstraße 3 anzugeben. Wo genannter Kollege zureist, ist er darauf aufmerksam zu machen, gleichzeitig die Adresse an die Zentrale zu berichten.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen! Ein pflichtbewusster Gewerkschaftler wird ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung fehlen.

Münch. Sonntag, den 17. November vorm. 11 Uhr außer-ordentliche Generalversammlung bei K. Hoppe. Neuwahl eines Sektionsvorstandes.

Ahlen. Sonntag, den 17. November vorm. 11 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wiegand. Alle Vertrauensmänner sowie sämtliche Kollegen werden ersucht, Dienstags und Samstagabend von 8 1/2 bis 9 1/2 abzurechnen, sowie die Erwerbslosen-untersützung abzuholen bei dem Kassierer Albert Faust, Klosterstr. 22.

Ortsverwaltung Duisburg I. Von jetzt an befindet sich das Bureau wieder im früheren Lokal, Rauheimerstraße 61 bei Hülfenters.

Essen-Stadt. Sonntag, den 17. November, abends 7 Uhr Versammlung im christl. Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

Essen-Nelkinghausen. Sonntag, den 17. November, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Köhne.

Essen-Kray. Sonntag, den 17. November, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Gantenters.

Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 17. November, abends 6 Uhr Versammlung bei Klötzen Frohnhauserstraße.

Essen-Segeroth. Sonntag, den 10. November, abends 7 Uhr Versammlung bei Wirt Büsch Segerothstraße.

Essen-Berge-Dorbeck. Sonntag, den 17. November, abends 6 Uhr Versammlung bei Voortmann, Hochstraße.

Essen-Altenessen. Mittwoch, den 20. November, nachm. 5 Uhr Versammlung mit Frauen. Verkehrslokal Esser Hammerstr.

Gelsenkirchen-Hüllen. Sonntag, den 17. November nachm. 5 Uhr Versammlung mit Frauen. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Geisericchen. Ortsverwaltung. Mittwoch, den 20. November abends 8 Uhr allgemeine Vorstands- und Vertrauens-sitzung bei Divies.

Samm-Norden-Seeßen. Donnerstags 11 Uhr bei Pöb, Pöbmerweg Versammlung mit Vortrag.

Samm-Osten-Mark. Nachmittags 4 Uhr bei Bielefeld, Markt Versammlung mit Vortrag.

Samm-Berge-Weistmüden. Abends 7 Uhr bei Etath, Kemper-Berag Versammlung mit Vortrag.

Sombrecht-Barg. Sonntag, den 17. November nachm. 5 Uhr Versammlung bei Wwe. Schnittler Sombrecht.

Zeimathe. Am 20. November abends 7 Uhr allgemeine christliche Arbeiter-Versammlung bei Schmale, General. Tages-ordnung: Gewerbegerichtsfrage.

Zeunen. Sonntag, den 24. November morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Röllmann.

Markt-Niedwisch. Sonntag, den 17. November, abends 7 Uhr bei Fris Gregor, Vereinshaus, Familienfest.

Müncheu. Samstag, den 16. November abends 8 Uhr Monatsversammlung im ardeben Enfer. Referent Kollege Buchart.

Reinhardt-Mußbach. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden am letzten Samstag im Monat statt.

Ober-Schöneweide. Am 16. November, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Hof. Dlesch, Vereinslokal.

Osede. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 17. November vorm. 11 1/2 Uhr bei Sommer statt.

Osabrück. Freitag, den 22. November abends 8 1/2 Uhr Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung bei Stier. Sonntag, den 24. November vorm. 11 Uhr Versammlung bei Stier.

Rheinfelden. Am Sonntag, den 17. November vorm. 11 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Bilgerbräu.

Stertrade. Am Sonntag, den 17. November, vormittags 11 Uhr im Gewerkschaftshaus Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung.

Unterföchen. Sonntag, den 17. November nachm. 1/2 3 Uhr Versammlung im Vereinslokal.

Riepenferl.

Sabate sind allen voraus!

1/2 Pfd.-Paquete à 20 Pfg. bis 1 Mark.

Ueerrall käuflich!

Aleinige Fabrikanten:

Oldenkott-Rees.